H. W. L.
MAY 7 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 8 • 8. Jahrgang — Berlin, 15. April 1927.

Das Saargebiet ohne politische Vertretung.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Mit der politischen Vertretung des Saargebiets steht es außerordentlich schlecht. Ja, man darf wohl, ohne zu übertreiben sagen, daß das Saargebiet eine politische Vertretung im eigentlichen Sinne gar nicht hat; denn durch den Versailler Vertrag ist den Saardeutschen für 15 Jahre das Recht geraubt worden, sich an den Wahlen zu den deutschen Parlamenten zu beteiligen. Es heißt darin, daß das Wahlrecht für keine anderen als für die örtlichen Vertretungen ausgeübt werden darf. Diese Bestimmungen wurden von der Regierungskommission des Saargebiets zunächst dahin ausgelegt, daß als örtliche Vertretungen nur die Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder anzusehen seien, und erst auf das einmütige starke Drängen der deutschen Saarbevölkerung wurde ihr schließlich ein „Landesrat" zugestanden, der jedoch nur als ein Scheinparlament angesprochen werden kann. Mit voller Ueberlegung hat man dem Landesrat alle Rechte vorenthalten, die für eine zeitgemäße Volksvertretung in Frage kommen und ihm nur das Recht der Begutachtung von Vorlagen gegeben. Auch haben nur die im Saargebiet geborenen Wahlberechtigten das passive Wahlrecht erhalten. Wer nicht im Saargebiet geboren ist, kann also nicht zum Mitglied des Landesrats gewählt werden, mag er auch bereits ein Menschenalter im Vordergrund des politischen oder sonstigen öffentlichen Lebens an der Saar stehen und durch das Vertrauen weitester Volkskreise zum politischen Führer auserkoren sein. Das ist für einen kulturell, wirtschaftlich und politisch so hochstehenden Volksteil, wie es die Bevölkerung des Saargebiets ist, ein ganz unwürdiger Zustand.

Die politischen Parteien aller Richtungen haben daher auch in der einmütigsten Weise immer wieder versucht, eine Aenderung der in Betracht kommenden Bestimmungen zu erreichen. Bisher jedoch vergeblich. Völkerbund und Regierungskommission verhalten sich allen Forderungen nach einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Volksvertretung gegenüber stumm oder ablehnend, ohne hierfür nach den im Saargebiet gemachten Erfahrungen einen irgendwie verständlichen Grund zu haben; denn der Zweck für diese unwürdige Behandlung der gesamten Bevölkerung und insbesondere der „Zugezogenen" wurde nicht erreicht. Man schaltete die nach dem Saargebiet zugezogenen Saardeutschen vom passiven Wahlrecht aus einmal, weil man hoffte, dadurch Eifersüchteleien hervorzurufen und damit auch einen Keil in die Saarbevölkerung treiben zu können und zum andern, weil man annahm, mit den im Saargebiet geborenen Deutschen im Landesrat leichter fertig werden zu können, als mit den hier nicht geborenen. Beide Hoffnungen sind, wie gesagt, nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil; die zu Mitgliedern des Landesrats gewählten, an der Saar geborenen Deutschen haben auf allen Gebieten ihren Mann in der vorbildlichsten Weise gestanden, namentlich auch gegenüber allen Verwelschungsbestrebungen. Auch von einer Spannung, die wegen der Ausschaltung führender Persönlichkeiten von der Wählbarkeit zu Mitgliedern des Landesrates eingetreten wäre, wird selbst der hellhörigste Franzose oder Franzosenfreund nichts vernommen haben. Es ist daher nicht recht begreiflich, warum man diese völlig verfehlte Ausnahmebestimmung — denn um eine solche handelt es sich hier — nicht aufhebt. Will man etwa nicht zugeben, daß man sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht, oder ist man vielleicht der Ansicht, daß es sich nicht mehr lohnt, noch eine Aenderung zu treffen, weil ziemlich sicher damit zu rechnen ist, daß das Saargebiet in nächster Zeit ja doch wieder restlos an Deutschland angegliedert wird? Oder glaubt man an Ansehen zu verlieren, wenn man auf das einmütige Verlangen der deutschen Saarbevölkerung eine einmalig getroffene Bestimmung aufhebt?

Daß die französische Richtung in der Saarregierung schon mit einer schnellen Rückkehr des Saarlandes zum Mutterlande rechnet, ist bisher nicht recht erkennbar gewesen. Wenn man ihre Einstellung näher kennt, komt man viel eher zu der Auffassung, daß sie allen Erfahrungen zum Trotz immer noch hofft, durch irgendeinen Umstand dahin zu kommen, noch recht lange an der Saar zu verbleiben. Und was das Ansehen anbetrifft, so haben weder der Völkerbund noch die Regierungskommission wirklich kaum noch etwas zu verlieren; denn beider Ansehen ist hier auf Grund der mit ihnen gemachten Erfahrungen fast bis auf den Nullpunkt gesunken. Selbst in den Kreisen der wärmsten Freunde der Völkerverständigung hat sich seit langem großes Mißtrauen gegen Regierungskommission und Völkerbund eingestellt, das insbesondere auch durch die Art, wie man das Saargebiet auf der diesjährigen Märztagung in Genf behandelt hat, noch verschärft und vertieft worden ist. Das

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 4, Jahrgang 3, der **„Saarheimatbilder"** bei.

wird man auch sowohl in Genf wie in der Alleestraße in Saarbrücken wissen; denn es ist so oft und so laut gesagt worden, daß es selbst der politisch Schwerhörigste vernehmen mußte. Durch ein Nachgeben können also die heutigen Machthaber an der Saar eigentlich kaum noch etwas verlieren, weil sie an Ansehen tatsächlich so gut wie nichts mehr besitzen.

Vielleicht darf man auch die Frage aufwerfen, ob es noch der Mühe wert ist, daß sich die politischen Parteien nach wie vor für die Ausgestaltung des Landesrates zu einer wirklichen Volksvertretung einsetzen, da man einerseits kaum damit rechnen kann, daß dieses Ziel erreicht wird und andererseits durch eine Ausdehnung des politischen Wahlrechts auf alle Saardeutschen eine bessere Vertretung im Landesrat kaum denkbar ist. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Parteien an ihrer Forderung nach Gleichberechtigung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unbedingt festhalten müssen. Sie werden gegen die Behandlung als Unmündige und insbesondere gegen die Ungleichheit im Wahlrecht immer wieder ankämpfen müssen.

Aber damit ist es nicht genug. Ja, man kann sehr wohl die Ansicht vertreten, daß es, so sehr die Gleichberechtigung aller Saardeutschen in politischer Beziehung aus prinzipiellen Erwägungen und vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus mit Nachdruck gefordert werden muß, doch nicht das wichtigste ist, was an politischer Vertretung von der Bevölkerung des Saargebietes erstrebt werden muß, sondern daß es bedeutend mehr Wert hat, wenn Leute aus dem Saargebiet in die deutschen Parlamente (Reich, Preußen und Bayern) gewählt werden. Fast scheint es so, als ob man bisher einer solchen Vertretung nicht die ihr zukommende Bedeutung beigemessen hat, weder im Saargebiet selber, noch besonders bei den in Betracht kommenden deutschen politischen Parteien. Dabei ist die Möglichkeit für die Wahl von Vertretern aus dem Saargebiete für die genannten Parlamente sehr wohl gegeben. Weder die deutsche Reichsverfassung noch der Versailler Vertrag stehen einer solchen Wahl entgegen. Durch die für 15 Jahre vorgesehene Unterstellung des Saargebietes unter eine vom Völkerbund zu ernennende Regierungskommission ist nämlich an der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung nichts geändert worden. Es heißt vielmehr im Versailler Vertrag, daß die gegenwärtige (d. h. die 1919 bestehende) Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saarbeckens von den Bestimmungen über die Regierung des Saargebietes in keiner Weise berührt wird. Die Bewohner des Saargebietes sind also geblieben, was sie vorher waren, Preußen und Bayern. Und da das Saargebiet nach wie vor deutsches Land — wenn auch vorübergehend der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung entzogen — ist, kann weder der Völkerbund noch sonst ein Land die Wahl von Saardeutschen in deutsche Parlamente verwehren.

Tatsächlich ist auch bereits einmal die Probe aufs Exempel gemacht worden. Im Jahre 1920 ist bekanntlich Herr V. Schäfer von der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis Trier-Koblenz, also außerhalb des Saargebietes, zum Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses gewählt worden und hat diesem bis zum Ablauf der Wahlperiode angehört, ohne daß dagegen von der Regierungskommission oder vom Völkerbunde etwas unternommen wurde. Selbst Frankreich mußte sich hiermit abfinden, weil der Versailler Vertrag keinerlei Bestimmung enthält, die den Saardeutschen das Recht, einem deutschen Parlament anzugehören, einschränkt. Gewiß, in der Zeit, als noch Ausweisungen mißliebiger Saardeutscher an der Tagesordnung waren, hätte man — nicht rechtmäßig, aber machtmäßig — zu diesem Mittel greifen können. Aber auch vor der Anwendung dieses Machtmittels, worüber bei der Wahl Schäfers zweifellos Erwägungen von der Saarregierung angestellt worden sind, ist man zurückgeschreckt. Wahrscheinlich, weil man sich sagte, daß die Ausweisung eines Abgeordneten auf keinen Fall stillschweigend hingenommen worden wäre, und durch das Aufsehen, das eine solche Maßnahme in der ganzen zivilisierten Welt hätte hervorrufen müssen, die Vergewaltigungsmaßnahmen und sonstigen brutalen Uebergriffe, die die Franzosen und die Regierungskommission sich in den ersten Jahren nach dem Kriege erlaubten, so deutlich in den Vordergrund gestellt worden wären, daß Frankreich und die Regierungskommission dadurch in eine recht unangenehme Lage hätten kommen können. Wohl aus diesem Grunde nahm man von der Wahl Schäfers kaum Notiz in der Alleestraße.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse an der Saar so geändert, daß Ausweisungen von Saareinwohnern so gut wie ausgeschlossen sind. Es bestehen daher für sie keinerlei Bedenken, sich außerhalb des Saargebietes für ein deutsches Parlament aufstellen und wählen zu lassen. Uebrigens sind von verschiedenen Parteien auch bereits Aufstellungen von Saarländern bei Reichs- und Landtagswahlen erfolgt, allerdings standen sie an Stellen der Wahlvorschläge, die keine Aussicht für einen Wahlerfolg mehr boten. Ihrer Aufnahme in die Kandidatenliste kam daher kaum eine praktische Bedeutung zu. Sie war vielmehr eine freundliche politische Geste. Damit ist aber der Bevölkerung des Saargebietes eigentlich nicht gedient. Sie muß, insbesondere nach den gemachten Erfahrungen und nach dem Gang, den die Verhältnisse an der Saar genommen haben, unbedingt Wert darauf legen, daß Leute in die in Betracht kommenden Parlamente gewählt werden, die die Verhältnisse an der Saar aus eigener Anschauung genau kennen. Immer größer und immer dringlicher werden die Aufgaben, die das Saargebiet betreffen, sowohl für das Reich wie für Preußen und Bayern. Es soll heute hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Darauf kann man vielleicht später zurückkommen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß sowohl das Reich, wie die beiden genannten Länder, namentlich im letzten Jahre, sich immer wieder mit Saarfragen beschäftigen mußten, die nicht nur für das Saargebiet, sondern für ganz Deutschland von der größten Bedeutung waren, ohne daß die Regierung gut beraten war, oder die Parlamente, die doch letzten Endes ausschlaggebend sind, Vertreter in ihren Reihen hatten, die als Saarspezialisten angesprochen werden können. Daß infolgedessen manches nicht so ausgefallen ist, wie es im Interesse aller Beteiligten hätte sein können und sollen, ist daher gar nicht verwunderlich. Sowohl die Regierungen des Reichs und der Länder wie die Parlamente müssen, wenn sie wirklich darauf bedacht sind, die Saarprobleme so zu lösen, wie es mit Recht von der treudeutschen Bevölkerung des Saargebietes erwartet werden darf, bestrebt sein, sachkundige Vertrauenspersonen des Saargebietes an der Hand zu haben. Daß sich hierzu, namentlich auch zur Unterrichtung der Fraktionen, in erster Linie Leute eignen, die aus dem Saargebiete stammen oder als verdrängte Saardeutsche mit ihm in engster Fühlung geblieben sind, bedarf wohl kaum einer näheren Begründung.

Mit der Wahl solcher Parteimitglieder wäre daher sowohl den Parteien wie der Regierung gedient. Auch würde man dadurch der Bevölkerung des Saargebietes gerecht. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß es den Parteien nicht immer leicht sein wird, Saardeutsche in den Wahlbezirken unterzubringen. Aber wenn hierzu der feste Wille vorhanden ist, wird sich auch ein Weg finden lassen. In der Hauptsache kämen für die Aufstellung von Saardeutschen wohl die Reichs- und Landeslisten in Frage. Wenn man sich in der Verurteilung der politischen Entrechtung der Bevölkerung des Saargebietes durch den Versailler Vertrag und den Völkerbund in allen deutschen Parteien einig ist, muß auch ehrlich versucht werden, zu einer praktischen Lösung im Sinne des Saargebietes zu kommen. Da der Saarbevölkerung viel mehr daran liegt, in den deutschen Parlamenten Vertreter aus ihren Reihen zu haben, als an einem eigenen wirklichen Saarparlament — eine Einstellung, die nur Anerkennung verdient und von politischem Weitblick zeugt —, sollten rechtzeitig Vorbereitungen getroffen werden, um ihr diese Vertretung in ihrem Vaterlande zu geben.

H. W
MAY 1927

Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage
zum
Saar-Freund

Nummer 4 / 3. Jahrgang

Berlin, 15. April 1927

Berus.

Von Dr. Th. Hoenes.

Photographien sind von M. Wentz, Saarbrücken hergestellt.

Man darf wohl sagen, daß Berus im Saargebiet eigentlich zu wenig bekannt ist. Schon seine Lage oben am Rande der Hochfläche auf vorgeschobener Bergzunge ist ganz eigenartig. Sie müßte uns schon zeigen, daß wir hier auf historischem Boden stehen. Der Fußweg, der die Fahrstraße abschneidend uns emporführt, ist teilweise in Felsen eingehauen; oben angelangt, erkennen wir noch deutlich den ehemaligen Graben, der den Bereich des alten Dorfes festungsartig von der Hochfläche trennte. Jetzt ist er leider gerade an der entscheidenden Stelle halb zugeschüttet und die „Empfangsfront" des interessanten alten Fleckens ist dadurch recht geschädigt; die Stelle, wo früher ein Tor gewesen sein muß, kann man noch deutlich erkennen. Wir hätten Berus auch vom entgegengesetzten Ende aus betreten können, bei der „Burgspitz", wie diese Stelle jetzt noch heißt. Vom Schloß, das hier auf vorgeschobenster Stelle lagert, ist noch ein schwerer, massiver Torbau erhalten, freilich ohne jede Verzierung (Abb. 1 und 2). Aus dem kleinen ovalen Fensterchen mag in alten Zeiten der Torwart der Burg herausgeschaut haben, wenn ein Fremder Einlaß begehrte. Ueber dem Torbogen hat einst das Wappen von Berus geprangt, ein blaues Feld mit silbernen, goldgekrönten Löwen. Jetzt ist das alles verschwunden; die französische Revolution hat hier gründliche Arbeit verrichtet und nur kümmerliche Reste übriggelassen. Was von den Gebäuden des ehemaligen Schlosses noch übriggeblieben ist, dient nun landwirtschaftlichen Zwecken.

Torbogen des ehemaligen Stadttors.

Noch weiter vorne auf dem sich schon etwas senkenden Terrain steht das Gasthaus zur „Burgspitz", von dem man einen schönen Blick ins Land hinaus genießt.

Durchschreiten wir nun das Dorf, so bemerken wir, daß es aus einer

Ehemaliges Stadttor mit alten Häusern.

Hauptstraße besteht, neben der — von unten aus gesehen — links eine zweite parallel läuft. Diese untere Straße befand sich aber schon außerhalb der alten Befestigung. Unsere Abbildungen 3 und 4 zeigen von zwei Seiten her noch einen malerischen, stark verwitterten Wachtturm; an dem sich anschließenden, offenbar auf der alten Mauer erbauten Hause sieht man noch einen Kragstein hervorragen, der möglicherweise von einem ehemaligen Wehrgang herrührt; unten entdeckt man die Spur eines vermauerten Tores. Noch andere Reste alter Befestigung kann man in der unteren Straße erblicken, z. B. aus großen Steinen aufgeschichtetes Mauerwerk.

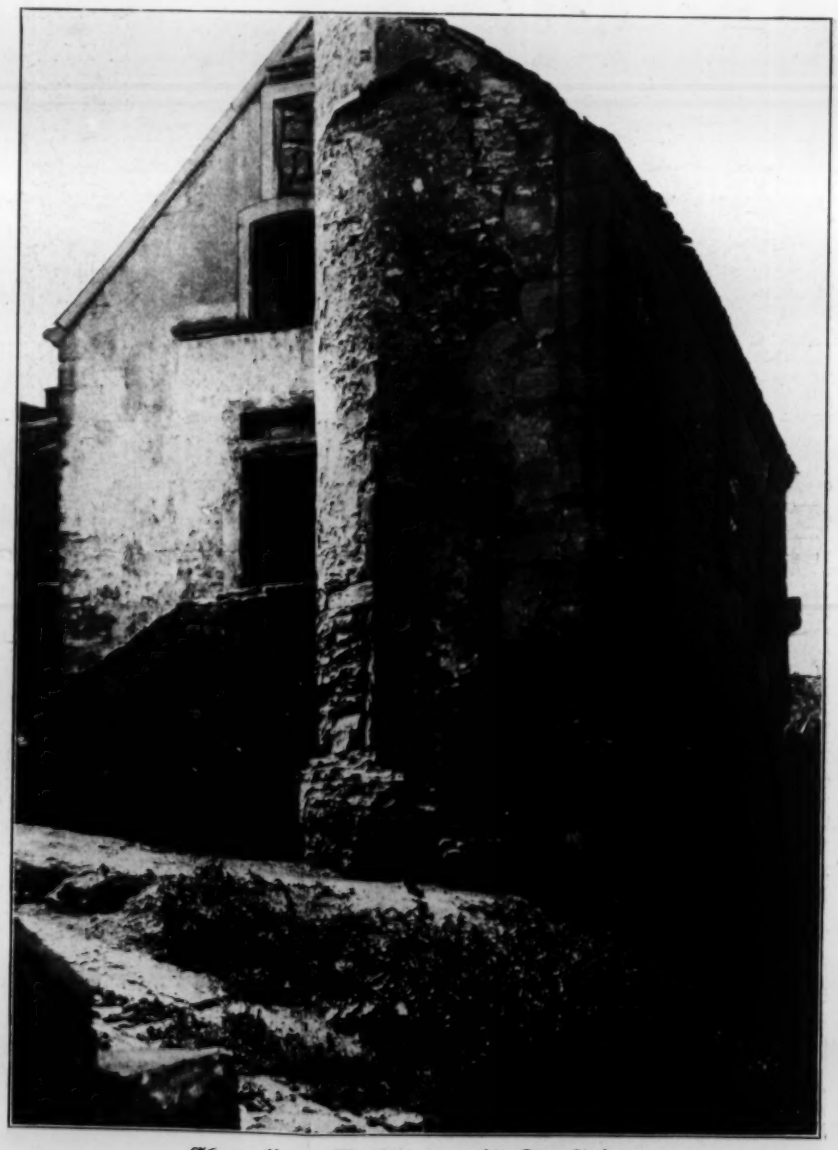
In der Hauptstraße haben sich noch einige alte Häuser erhalten, teilweise mit hübschen Türen; an einer gewahren wir die Handwerkszeichen eines Metzgers. Eine Eigentümlichkeit von Berus sind die Ziehbrunnen, die sich vor vielen Häusern befinden. Das entspricht ganz der Lage auf einem Plateau; in Belagerungsfällen herrschte jedenfalls kein Mangel an Wasser.

Unser Hauptinteresse gilt natürlich der Kirche (Abb. 5), die ungefähr in der Mitte des Ortes liegt. Schon lange haben wir sie von unten aus der Ebene am Horizont als Silhouette emporragen sehen. Durch das Gittertor betreten wir den Friedhof und damit wohl eines der stimmungsvollsten Plätzchen im ganzen Saargebiet. Terrassenförmig zieht er sich am Berghange hinunter, und weit schweift der Blick hinaus ins Land. Unten dehnt sich die von der Biest durchflossene flache, teilweise moorige Wiesenlandschaft, bestanden mit einzelnen schönen Baumgruppen; hier liegt der Linseler Hof, dessen Gebäude weiß in der Sonne leuchten. Nach Osten zu dehnen sich die großen Wälder des Warndt, und eine elektrische Bahn verbindet die früher einsame Gegend nun mit Saarlouis und Kreuzwald in Lothringen.

Wir wenden uns der Kirche zu. Der Turm entstammt einem älteren Bau; er zeigt noch romanische Schallöffnungen und ein spitzes Pyramidendach. Unten sind Reste von gotischen Fenstern zu sehen, jetzt allerdings vermauert. Der Turm stößt an den Chor der neuen Kirche, einen flachgedeckten Barockbau vom Jahre 1748. Einige Fenster aus der alten Kirche sind in die neue hinübergenommen worden. An der Westseite besitzt sie ein stattliches barockes Portal. Der Innere enthält schöne Altarfiguren des Bildhauers Guldener aus dem Ende des 18. Jahrhunderts (Abb. 6).

Wer zur Höhe von Berus emporgestiegen ist, sollte nicht versäumen, eine halbe Stunde weiter ins Land hinein zu wandern nach dem St.-Oranna-Hof. Hier steht noch eine dieser Heiligen geweihte Wallfahrtskirche in einem Friedhof, der noch jetzt benutzt wird. Die heilige Oranna soll als Schwester des heiligen Wendalinus mit ihrer Genossin Cyrilla aus Schottland hierher gekommen sein und ist dann die Landespatronin von Deutschlothringen geworden. Dort oben hat einst ein Dorf gelegen, „Eswilre" (Esweiler) genannt, das 1566 zerstört wurde. Einst war Berus dort eingepfarrt, aber nun haben sie ihre Rollen vertauscht. Auch die Gebeine der Heiligen, die dort oben einst begraben waren, sind 1719 nach Berus überführt worden.

Damit sind wir bereits in die Geschichte von Berus hineingekommen. Daß auf seinem Boden bereits eine

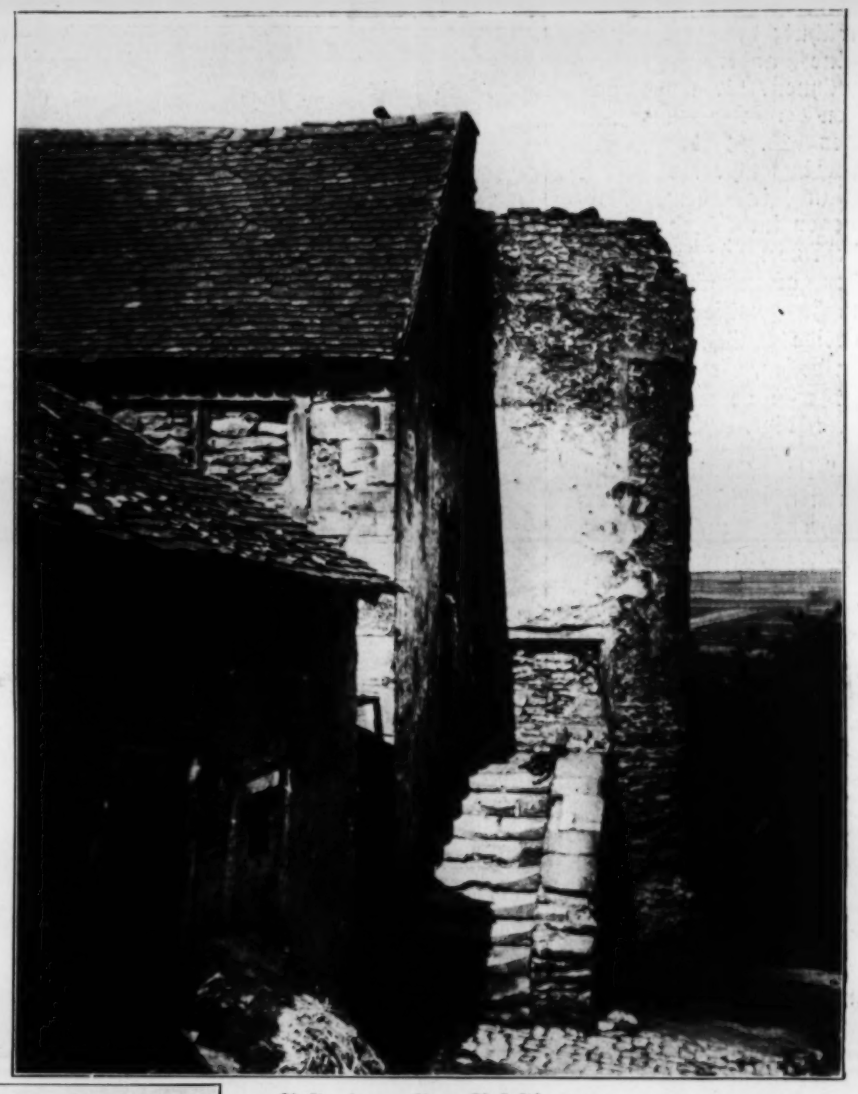


Ehemaliger Wachturm mit Kragstein.

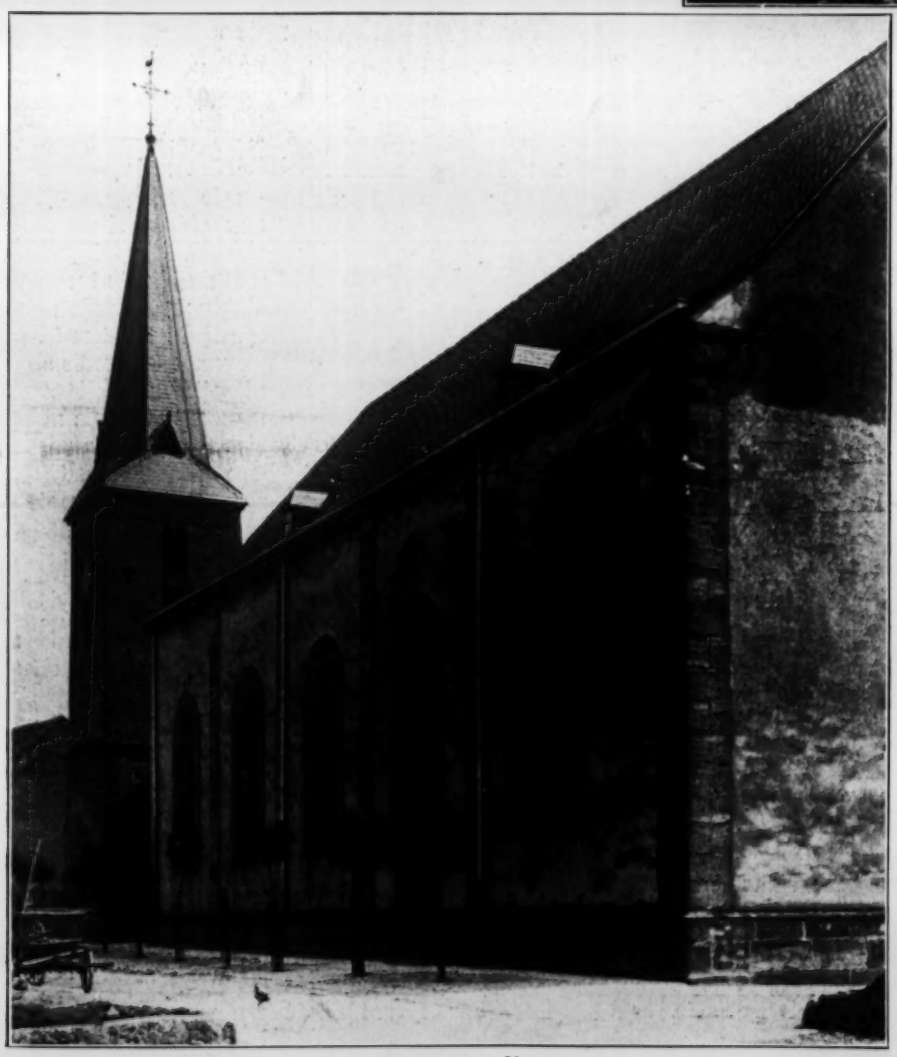
römische Ansiedlung gestanden hat, ist bei dieser Lage fast selbstverständlich. Die Entstehung des mittelalterlichen Berus ist aber dann schon mit Romantik umkleidet. Einem unehelichen, besonders schönen Sproß des Hauses Lothringen soll es seine Entstehung verdanken. „Bellus Ramus" sei er genannt worden, der „Schöne Zweig", und daraus soll der Name „Belrain" kommen, der sich in den verschiedensten Formen findet und zuletzt auf das heutige Berus festgelegt wurde. Im übrigen hat Berus dann eine wechselvolle Geschichte und geht aus lothringischem Besitz in Trierschen über, wird auch einmal vorübergehend Nassau-Saarbrückisch, und kommt dann durch einen Trierer Bischof dieses Namens an das Haus Metternich, bis schließlich die große Revolution dem allem ein Ende macht. Viele Dörfer der Umgegend gehörten zu der Herrschaft und mannigfach sind die Rechte und Pflichten abgestuft. Die Einwohner von Biblingen haben die Jagdnetze in Bereitschaft zu stellen, wenn die Herrschaft jagen will, die von Berus selbst treten bewaffnet an zu einer Exekution, wozu sie auch Rad und Galgen errichten müssen. Ebenso halten die Bürger von Berus die Wache am Tor und liefern der Herrschaft jährlich ein Schwein, wofür sie am Weihnachtsabend mit Wein bewirtet werden und an diesem Tage keine Wache zu halten haben.

Das ist nun alles längst vorbei und das moderne Berus weiß wenig mehr von seiner Geschichte. Aber seine schöne Lage ist ihm geblieben und es verdient, daß mancher Wanderer an schönen Sommertagen zu seiner Höhe emporsteigt und von dort auf unser liebliches Saarland herniederschaut.

Bis jetzt haben wir Berus nur im großen und nur von außen betrachtet, aber auch im Innern und im einzelnen birgt es noch manche Reste von alten Schätzen; freilich nur Reste. Die Kriege und die Revolution haben auch hier nicht allzuviel übriggelassen.



Reste der alten Befestigung.



Kirche von Berus.

Das Prachtstück ist ein großes Altarrelief im Stil der deutschen Frührenaissance, die Krönung der Maria darstellend. Ueber einem mit einer Rollkartusche verzierten Sockel erhebt sich die von zwei Säulen flankierte Reliefgruppe; ein Oberbau mit Flachgiebel schließt das Ganze ab. Die Gestalt der Maria selbst zeigt in Körperbehandlung und Faltenwurf deutlich das neue Lebensgefühl der Renaissance, aber doch durchweht von der rhythmischen Melodik der Gotik, die wie aus dem Hintergrund noch daraus hervorklingt. In köstlicher Frische, in echtester Renaissance sind die Engelsfiguren gegeben, die die Himmelskönigin zu beiden Seiten umkreisen, und oben halten Christus und Gottvater, über deren Händen die Taube schwebt, eine Krone über dem Haupte der Maria. Es ist ein Prachtstück alter deutscher Kunst, das allein schon einen Besuch in Berus lohnt.

Wir treten nun hinüber in die Zeit des Barocks und finden in Kanzel, Altar und Orgel die Hand des schon obenerwähnten Guldener, der im Ausgange des 18. Jahrhunderts in Berus lebte. Das wichtigste Stück sind die gut charakterisierten Apostelfiguren in Holz, die wir hier leider nicht abbilden können; dazu kommen noch interessante ornamentale Arbeiten, Füllungen an der Orgel, der Schalldeckel der Kanzel u. a. m.; hier läßt sich zum Teil eine eigenartige Verbindung von Rokokoformen mit naturalistischen Elementen beobachten. Gerade diese Dinge verdienten eine eingehendere Behandlung an der Hand von genauen Einzelaufnahmen, wie wir sie in dem Rahmen dieses Aufsatzes nicht bringen können.

Von alten Haustüren haben wir die eine mit den Abzeichen des Metzgerhandwerks bereits er-

wähnt; daneben ist noch eine andere zu erwähnen, die noch Spuren von Ornamentik des 16. Jahrhunderts zeigt. Ebenso kann man in dem Torbogen im Schloß und in dem vermauerten Bogen der alten Stadtmauer noch gewisse rosettenartige Schmuckformen entdecken, freilich aufs äußerste verwittert und beschädigt.

Alte Kapitelle, die man als Ausdruck einer rührend unbeholfenen bäuerlichen Gotik ansprechen darf, enthält der Chor der Kirche in St. Oranna; dort steht an der Außenwand auch noch eine Kreuzigungsgruppe. Und in der kleinen Friedhofskapelle in Berus selbst, die ungefähr dem 18. Jahrhundert angehören mag, finden wir noch gotisches Maßwerk, das einem älteren Bau entstammt.

Haben wir schließlich noch einige Innendekorationen in dem stattlichen Pfarrhaus im Empirestil erwähnt, so haben wir wohl den Umkreis dessen umschrieben, was Berus an Schönheiten aus alter Zeit birgt, und es bleibt schließlich nur noch übrig, draußen an den Straßen die alten Wegkreuze aus dem 17. und 18. Jahrhundert aufzusuchen, sich dort ins Gras zu legen und von alten Zeiten zu träumen.

Inneres der Kirche.

★

Ostergruß!*

Von unsern Bergen lacht
des Frühlings Leuchten,
Doch Saarlands Leid grüßt
noch kein wärmend Licht,
Und wehmutskrank will
sich das Auge feuchten
Nach deutscher Bruderhand,
so treu und schlicht.

Erscheinst du, Ostersonne,
strahlend wieder
Erlösung kündend, endend
uns're Qual? —
Dem Friedensfürsten klingen Siegeslieder,
Doch kalter Nebel bannt
noch unser Tal.

Der Welschen Neid und
Haß sind stumpfe Waffen,
Was man an harter Fron
auch uns ersinnt,
Der Saar hat Gott ein
Kämpferherz geschaffen,
Und Machtgelüst vor Mut
und Recht zerrinnt.

Haustür im Renaissancestil.

Den Sinn gestählt, das Auge
klar und offen,
Die Ehre ruft! Schon sproßt
die neue Saat,
Es weicht die Nacht, uns trägt
ein Osterhoffen:
Wir sprengen doch das Grab
durch deutsche Tat!

Wie heil'gen Ostergruß laßt's
hell erklingen:
„Den Brüdern Heil, dem Reiche
Auferstehn;
Die Saar läßt sich nicht niederzwingen,
Der Freiheit Stunde kommt:
Auf Wiedersehn!"

A. Z.

*Aus dem „Saarkalender 1927". Verlag: Gebr. Hofer A. G., Saarbrücken.

★

Haustür mit Metzgerwappen.

Frankreich und das Saargebiet.

Grundlegende Veränderungen.

Von Dr. Georg Krause-Wichmann.

Der „Manchester Guardian" schrieb vor einigen Tagen unter Hinweis auf das völlige Fehlschlagen der französischen Hoffnungen bezüglich des Saargebiets, daß es wohl am besten wäre, wenn Frankreich das Saargebiet freiwillig vor 1935 an Deutschland zurückgebe anstatt durch die Volksabstimmung dazu gezwungen zu werden, da diese eine schwere Demütigung für Frankreich bringen werde. Diese englische Auffassung trifft den Nagel auf den Kopf. Selbst in nationalistischen französischen Kreisen ist man sich nicht mehr im unklaren darüber, daß die Volksabstimmung dem französischen Prestige einen außerordentlich schweren Schlag versetzen würde, und daß politisch für Frankreich nichts mehr aus dem Saargebiet herauszuholen ist. Der fast völlige Abbau der französischen Propaganda im Saargebiet — nach dem Zusammenbruch des Saarbundes und dem Fiasko mit dem separatistisch aufgezogenen Saar-Kurier verständlich — beweist, daß die amtlichen französischen Stellen die Aussichtslosigkeit ihrer Anstrengungen, mit Zuckerbrot oder Peitsche die Bevölkerung zu gewinnen, eingesehen haben. Ueber diese politische Seite des Problems, soweit sie Frankreich angeht, ist daher kein Wort mehr zu verlieren.

Es erhebt sich nun die Frage, ob vielleicht wirtschaftliche Gesichtspunkte dem oben zitierten Lösungsvorschlag noch entgegenstehen. Drei französische Interessensphären sind dabei zu berücksichtigen: Bergbau, Industrie und Handel.

Die Besitzübertragung der Saargruben an Frankreich war angesichts des Kohlenhungers der gesamten Weltwirtschaft bei Kriegsende zweifellos eine wertvolle Zuwendung, die an Bedeutung dadurch noch gewann, daß der Besitz der Saarkohle — der Basis der Saarwirtschaft — Frankreich zu einer ungeheuren Machtstellung im Saargebiet verhalf. (Von der politischen Ausbeutung dieser Position in bezug auf die Bevölkerung wollen wir hier schweigen.) Es ist bekannt, daß es Frankreich durch Androhung des Kohlenboykotts sehr bald zu Wege brachte, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen (Röchlingwerke), die Saarindustrie mit französischem Kapital zu majorisieren. Dies führte im Verein mit dem Besitz der Saargruben zu einer absoluten Wirtschaftssuprematie Frankreichs im Saargebiet, die durch die Einführung des Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Juni 1923 und durch Einbeziehung des Saarbeckens in das französische Zollgebiet im Januar 1925 noch verstärkt wurde.

Zwar ist diese Vorherrschaft bis zum heutigen Tage fast unverändert erhalten geblieben, die Voraussetzungen aber, unter denen sie geübt wird, haben sich, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, grundlegend verändert.

Die Saargruben profitierten bis zur Einführung des Franken Mitte 1923 davon, daß sie bereits zu einer Zeit in verhältnismäßig hochvalutarischen Franken verkaufen konnten, als sich ihre Gestehungskosten noch auf der Markinflationsbasis aufbauten. Zwar erhielten die Bergarbeiter aus politischen Gründen schon im Juli 1920 Frankenlöhnung; unter der Einwirkung der preisverbilligenden Markinflation — die Zollgrenze gegen Deutschland trat bekanntlich erst 1925 in Kraft — konnte der durchschnittliche Schichtlohn aber von 21,40 Franken im Juli 1920 auf 18,09 im April 1921 und 15,49 im Dezember 1921 herabgesetzt werden, welche Lohnhöhe bis 1923 gehalten wurde, ohne daß sich der Realwert des Lohnes verschlechterte. Diese starke Senkung der Lohngestehungskosten setzte Frankreich bei Aufrechterhaltung des Kohlenpreises um so mehr zur Erzielung sehr bedeutender Gewinne aus den Saargruben in die Lage, als es die Förderung von 9,41 Millionen Tonnen im Jahre 1920 auf 11,24 Millionen Tonnen im Jahre 1922 zu steigern vermochte. Von 1923 ab kam der französischen Saarkohlenproduktion nach allgemeiner Einführung des Franken die gestehungskostenverbilligende Inflation der französischen Valuta zugute, so daß sie in den nächsten Jahren einen weiteren Aufschwung nahm, der nur durch den hunderttägigen Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1923 und einen Streik im Juli 1925 beeinträchtigt wurde. 1923 betrug die Förderung 9,19 Millionen Tonnen (Streik), 1924 14,03 Millionen Tonnen, 1925 13,0 Millionen Tonnen (Streik), 1926 13,78 Millionen Tonnen.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß unter der Einwirkung der Revalorisierung des Franken, die automatisch nicht nur eine Zunahme der Gestehungskosten, sondern auch in Gold umgerechnet eine sehr bedeutende Kohlenpreissteigerung herbeiführte — die geringwertige Saarkohle war im Januar 1927 über 25 Prozent teurer als hochwertige Ruhrkohle — die Produktionsaussichten und damit zugleich die Rentabilitätsbedingungen eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Diese Verschlechterung würde sich bereits in bedeutendem Ausmaße gezeigt haben, wenn sie nicht durch den englischen Bergarbeiterstreik und dessen noch anhaltende Nachwirkungen in die Erscheinung zu treten vorübergehend aufgehalten würde. Es kann jedoch nur noch wenige Monate dauern, bis die grundsätzlichen Veränderungen der bisher unnatürlich günstigen Produktionsbedingungen der Saargruben sich bemerkbar machen wird. Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Seite des Saarproblems muß diese Veränderung heute schon in Betracht gezogen werden.

Diese Auffassung, daß sich die Lage zu Frankreichs Ungunsten verändert hat, wird gestützt durch die augenfällige Tatsache des starken Rückzugs des französischen Kapitals aus der Saarindustrie, ein Vorgang, der deutlich zeigt, daß im Saargebiet nicht mehr viel zu holen sein muß. Mit Ausnahme der Dillinger Hüttenwerke ist die französische Beteiligungsmehrheit überall aus der Saarindustrie verschwunden. Es genügt, auf diese für sich sprechende Tatsache zu verweisen.

Was nun die französischen Handelsbeziehungen im Saargebiet betrifft, so macht sich auch hier unter der Einwirkung der Rückkehr zu Goldpreisen ein grundlegender Wandel bemerkbar. Solange angesichts der Frankeninflation die deutschen Waren sich bedeutend teurer als die französischen stellten, war die Bevölkerung genötigt, unter der Einwirkung der wachsenden Preisspanne sich in zunehmendem Maße dem französischen Markt zuzuwenden. Das hat sich gerade in den letzten Monaten stark geändert. Schon Ende Januar sah sich die in Metz erscheinende „Lothringer Volkszeitung" genötigt, auf die schwerwiegende Tatsache zu verweisen, daß „in der letzten Zeit im saarländischen Handel eine ausgeprochene Abneigung gegen Frankreich als Bezugsgebiet eingerissen ist". Diese Abneigung wächst in dem Maße, als es unter der Einwirkung der Frankenbesserung möglich wird, deutsche Waren trotz der Zollbelastung in besserer Qualität zum selben Preis oder annähernd demselben wie in Frankreich zu kaufen. Diese Zurückdrängung des französischen Handelseinflusses im Saargebiet wird sich zweifellos noch verstärken, sobald durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages die Austauschbeziehungen beider Länder wieder unter vernünftige Bedingungen gestellt werden. (Die Textileinfuhr unterliegt zurzeit beispielsweise einem 100 bis 200 proz. Wertzoll.) Auch die bei einer definitiven Frankenstabilisierung eintretende Ausschaltung des gegenwärtigen Valutarisikos wird zu einer Verstärkung der deutschen Einfuhr und einer Verdrängung des französischen Einflusses beitragen.

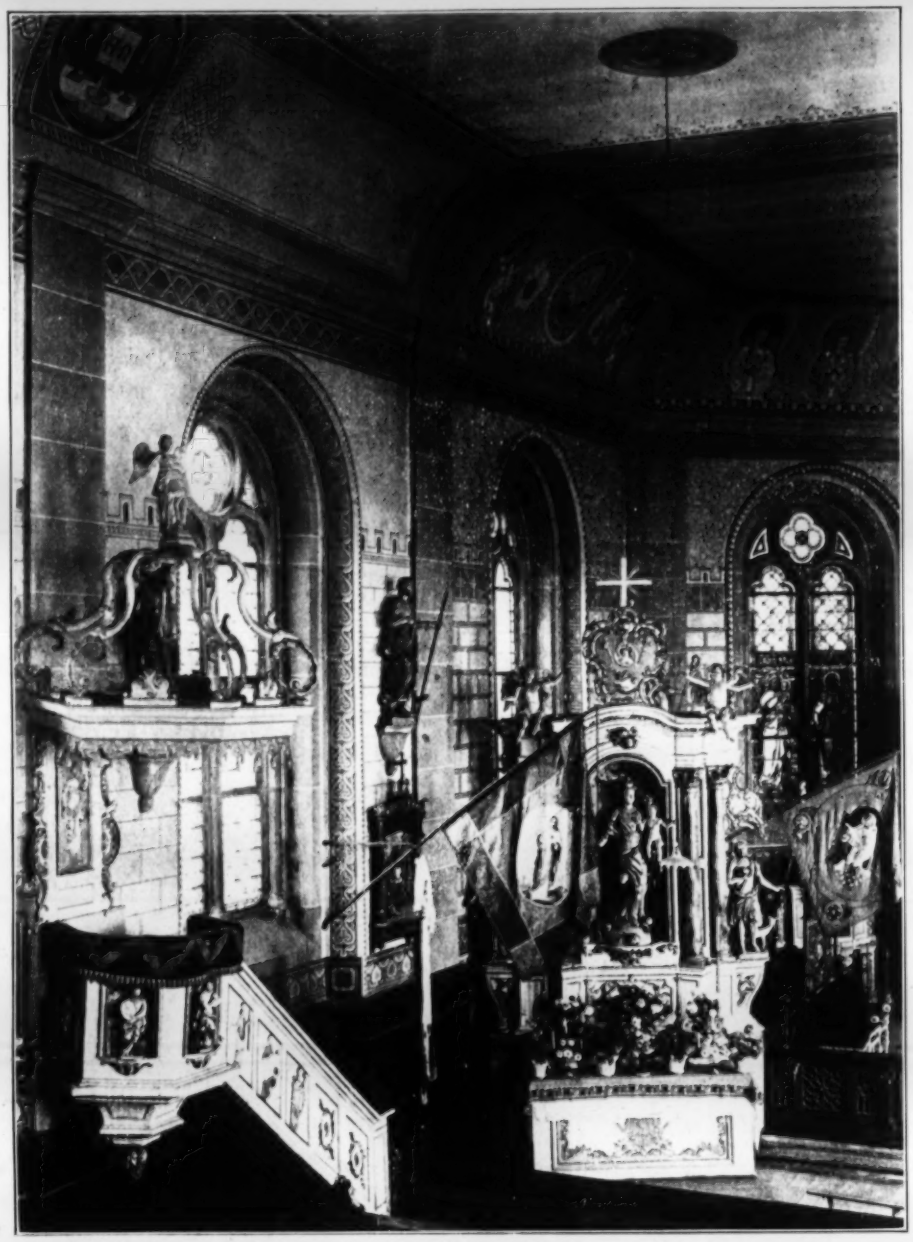
Symptomatisch für die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet ist das Entstehen einer bisher fast unbekannten Arbeitslosigkeit. Sie betrug im November 1926 1800 (0,93 Proz. der Gesamtarbeiterzahl), im Dezember 3600, im Januar 1927 schon 4690. Wenn auch, gemessen an deutschen und englischen Verhältnissen, das Ausmaß dieser Arbeitslosigkeit noch immer verschwindend ist, so gibt doch die sprunghafte Zunahme in den letzten Monaten einen untrüglichen Fingerzeig für die Entwicklungsrichtung. Die französische Saargrubenverwaltung und die Saarindustrie plant am 16. März einen 12proz. Lohnabbau. Die Saarkohlenpreise müssen aus Konkurrenzgründen vom 1. 2. bis 1. 3. um 13⅓ Proz. herabgesetzt werden.

Alle diese kurz skizzierten Umstände tragen dazu bei, für Frankreich die Rentabilität des Saargeschäfts, die zeitweise eine glänzende war, immer mehr in Frage zu stellen. Warum also weiter eine Position halten, die politisch und wirtschaftlich nichts mehr einbringt? Die Frage nach den Gründen dieses zähen französischen Festhaltens an einer einmal eroberten Position — eine Tendenz, die sich in fast grotesker Weise in der starren Beharrung auf der Besetzung des Rheinlandes trotz Dawesabkommens und Locarnovertrag zeigt — beantwortet unfrei-

wähnt; daneben ist noch eine andere zu erwähnen, die noch Spuren von Ornamentik des 16. Jahrhunderts zeigt. Ebenso kann man in dem Torbogen im Schloß und in dem vermauerten Bogen der alten Stadtmauer noch gewisse rosettenartige Schmuckformen entdecken, freilich aufs äußerste verwittert und beschädigt.

Alte Kapitelle, die man als Ausdruck einer rührend unbeholfenen bäuerlichen Gotik ansprechen darf, enthält der Chor der Kirche in St. Oranna; dort steht an der Außenwand auch noch eine Kreuzigungsgruppe. Und in der kleinen Friedhofskapelle in Berus selbst, die ungefähr dem 18. Jahrhundert angehören mag, finden wir noch gotisches Maßwerk, das einem älteren Bau entstammt.

Haben wir schließlich noch einige Innendekorationen in dem stattlichen Pfarrhaus im Empirestil erwähnt, so haben wir wohl den Umkreis dessen umschrieben, was Berus an Schönheiten aus alter Zeit birgt, und es bleibt schließlich nur noch übrig, draußen an den Straßen die alten Wegkreuze aus dem 17. und 18. Jahrhundert aufzusuchen, sich dort ins Gras zu legen und von alten Zeiten zu träumen.



Inneres der Kirche.

★

Ostergruß!*

Von unsern Bergen lacht
des Frühlings Leuchten,
Doch Saarlands Leid grüßt
noch kein wärmend Licht,
Und wehmutskrank will
sich das Auge feuchten
Nach deutscher Bruderhand,
so treu und schlicht.

Erscheinst du, Ostersonne,
strahlend wieder
Erlösung kündend, endend
uns're Qual? —
Dem Friedensfürsten klingen Siegeslieder,
Doch kalter Nebel bannt
noch unser Tal.

Der Welschen Neid und
Haß sind stumpfe Waffen,
Was man an harter Fron
auch uns ersinnt,
Der Saar hat Gott ein
Kämpferherz geschaffen,
Und Machtgelüst vor Mut
und Recht zerrinnt.

Den Sinn gestählt, das Auge
klar und offen,
Die Ehre ruft! Schon sproßt
die neue Saat,
Es weicht die Nacht, uns trägt
ein Osterhoffen:
Wir sprengen doch das Grab
durch deutsche Tat!

Wie heil'gen Ostergruß laßt's
hell erklingen:
„Den Brüdern Heil, dem Reiche
Auferstehn;
Die Saar läßt sich nicht niederzwingen,
Der Freiheit Stunde kommt:
Auf Wiedersehn!"

A. Z.

*Aus dem „Saarkalender 1927". Verlag: Gebr. Hofer A. G., Saarbrücken.

Haustür im Renaissancestil.

Haustür mit Metzgerwappen.

★

Frankreich und das Saargebiet.

Grundlegende Veränderungen.

Von Dr. Georg Krause-Wichmann.

Der „Manchester Guardian" schrieb vor einigen Tagen unter Hinweis auf das völlige Fehlschlagen der französischen Hoffnungen bezüglich des Saargebiets, daß es wohl am besten wäre, wenn Frankreich das Saargebiet freiwillig vor 1935 an Deutschland zurückgebe anstatt durch die Volksabstimmung dazu gezwungen zu werden, da diese eine schwere Demütigung für Frankreich bringen werde. Diese englische Auffassung trifft den Nagel auf den Kopf. Selbst in nationalistischen französischen Kreisen ist man sich nicht mehr im unklaren darüber, daß die Volksabstimmung dem französischen Prestige einen außerordentlich schweren Schlag versetzen würde, und daß politisch für Frankreich nichts mehr aus dem Saargebiet herauszuholen ist. Der fast völlige Abbau der französischen Propaganda im Saargebiet — nach dem Zusammenbruch des Saarbundes und dem Fiasko mit dem separatistisch aufgezogenen Saar-Kurier verständlich — beweist, daß die amtlichen französischen Stellen die Aussichtslosigkeit ihrer Anstrengungen, mit Zuckerbrot oder Peitsche die Bevölkerung zu gewinnen, eingesehen haben. Ueber diese politische Seite des Problems, soweit sie Frankreich angeht, ist daher kein Wort mehr zu verlieren.

Es erhebt sich nun die Frage, ob vielleicht wirtschaftliche Gesichtspunkte dem oben zitierten Lösungsvorschlag noch entgegenstehen. Drei französische Interessensphären sind dabei zu berücksichtigen: Bergbau, Industrie und Handel.

Die Besitzübertragung der Saargruben an Frankreich war angesichts des Kohlenhungers der gesamten Weltwirtschaft bei Kriegsende zweifellos eine wertvolle Zuwendung, die an Bedeutung dadurch noch gewann, daß der Besitz der Saarkohle — der Basis der Saarwirtschaft — Frankreich zu einer ungeheuren Machtstellung im Saargebiet verhalf. (Von der politischen Ausbeutung dieser Position in bezug auf die Bevölkerung wollen wir hier schweigen.) Es ist bekannt, daß es Frankreich durch Androhung des Kohlenboykotts sehr bald zu Wege brachte, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen (Röchlingwerke), die Saarindustrie mit französischem Kapital zu majorisieren. Dies führte im Verein mit dem Besitz der Saargruben zu einer absoluten Wirtschaftssuprematie Frankreichs im Saargebiet, die durch die Einführung des Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Juni 1923 und durch Einbeziehung des Saarbeckens in das französische Zollgebiet im Januar 1925 noch verstärkt wurde.

Zwar ist diese Vorherrschaft bis zum heutigen Tage fast unverändert erhalten geblieben, die Voraussetzungen aber, unter denen sie geübt wird, haben sich, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, grundlegend verändert.

Die Saargruben profitierten bis zur Einführung des Franken Mitte 1923 davon, daß sie bereits zu einer Zeit in verhältnismäßig hochvalutarischen Franken verkaufen konnten, als sich ihre Gestehungskosten noch auf der Markinflationsbasis aufbauten. Zwar erhielten die Bergarbeiter aus politischen Gründen schon im Juli 1920 Frankenlöhnung; unter der Einwirkung der preisverbilligenden Markinflation — die Zollgrenze gegen Deutschland trat bekanntlich erst 1925 in Kraft — konnte der durchschnittliche Schichtlohn aber von 21,40 Franken im Juli 1920 auf 18,09 im April 1921 und 15,49 im Dezember 1921 herabgesetzt werden, welche Lohnhöhe bis 1923 gehalten wurde, ohne daß sich der Realwert des Lohnes verschlechterte. Diese starke Senkung der Lohngestehungskosten setzte Frankreich bei Aufrechterhaltung des Kohlenpreises um so mehr zur Erzielung sehr bedeutender Gewinne aus den Saargruben in die Lage, als es die Förderung von 9,41 Millionen Tonnen im Jahre 1920 auf 11,24 Millionen Tonnen im Jahre 1922 zu steigern vermochte. Von 1923 ab kam der französischen Saarkohlenproduktion nach allgemeiner Einführung des Franken die gestehungskostenverbilligende Inflation der französischen Valuta zugute, so daß sie in den nächsten Jahren einen weiteren Aufschwung nahm, der nur durch den hunderttägigen Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1923 und einen Streik im Juli 1925 beeinträchtigt wurde. 1923 betrug die Förderung 9,19 Millionen Tonnen (Streik), 1924 14,03 Millionen Tonnen, 1925 13,0 Millionen Tonnen (Streik), 1926 13,78 Millionen Tonnen.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß unter der Einwirkung der Revalorisierung des Franken, die automatisch nicht nur eine Zunahme der Gestehungskosten, sondern auch in Gold umgerechnet eine sehr bedeutende Kohlenpreissteigerung herbeiführte — die geringwertige Saarkohle war im Januar 1927 über 25 Prozent teurer als hochwertige Ruhrkohle — die Produktionsaussichten und damit zugleich die Rentabilitätsbedingungen eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Diese Verschlechterung würde sich bereits in bedeutendem Ausmaße gezeigt haben, wenn sie nicht durch den englischen Bergarbeiterstreik und dessen noch anhaltende Nachwirkungen in die Erscheinung zu treten vorübergehend aufgehalten würde. Es kann jedoch nur noch wenige Monate dauern, bis die grundsätzlichen Veränderungen der bisher unnatürlich günstigen Produktionsbedingungen der Saargruben sich bemerkbar machen wird. Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Seite des Saarproblems muß diese Veränderung heute schon in Betracht gezogen werden.

Diese Auffassung, daß sich die Lage zu Frankreichs Ungunsten verändert hat, wird gestützt durch die augenfällige Tatsache des starken Rückzugs des französischen Kapitals aus der Saarindustrie, ein Vorgang, der deutlich zeigt, daß im Saargebiet nicht mehr viel zu holen sein muß. Mit Ausnahme der Dillinger Hüttenwerke ist die französische Beteiligungsmehrheit überall aus der Saarindustrie verschwunden. Es genügt, auf diese für sich sprechende Tatsache zu verweisen.

Was nun die französischen Handelsbeziehungen im Saargebiet betrifft, so macht sich auch hier unter der Einwirkung der Rückkehr zu Goldpreisen ein grundlegender Wandel bemerkbar. Solange angesichts der Frankeninflation die deutschen Waren sich bedeutend teurer als die französischen stellten, war die Bevölkerung genötigt, unter der Einwirkung der wachsenden Preisspanne sich in zunehmendem Maße dem französischen Markt zuzuwenden. Das hat sich gerade in den letzten Monaten stark geändert. Schon Ende Januar sah sich die in Metz erscheinende „Lothringer Volkszeitung" genötigt, auf die schwerwiegende Tatsache zu verweisen, daß „in der letzten Zeit im saarländischen Handel eine ausgeprochene Abneigung gegen Frankreich als Bezugsgebiet eingerissen ist". Diese Abneigung wächst in dem Maße, als es unter der Einwirkung der Frankenbesserung möglich wird, deutsche Waren trotz der Zollbelastung in besserer Qualität zum selben Preis oder annähernd demselben wie in Frankreich zu kaufen. Diese Zurückdrängung des französischen Handelseinflusses im Saargebiet wird sich zweifellos noch verstärken, sobald durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages die Austauschbeziehungen beider Länder wieder unter vernünftige Bedingungen gestellt werden. (Die Textileinfuhr unterliegt zurzeit beispielsweise einem 100 bis 200 proz. Wertzoll.) Auch die bei einer definitiven Frankenstabilisierung eintretende Ausschaltung des gegenwärtigen Valutarisikos wird zu einer Verstärkung der deutschen Einfuhr und einer Verdrängung des französischen Einflusses beitragen.

Symptomatisch für die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet ist das Entstehen einer bisher fast unbekannten Arbeitslosigkeit. Sie betrug im November 1926 1800 (0,93 Proz. der Gesamtarbeiterzahl), im Dezember 3600, im Januar 1927 schon 4690. Wenn auch, gemessen an deutschen und englischen Verhältnissen, das Ausmaß dieser Arbeitslosigkeit noch immer verschwindend ist, so gibt doch die sprunghafte Zunahme in den letzten Monaten einen untrüglichen Fingerzeig für die Entwicklungsrichtung. Die französische Saargrubenverwaltung und die Saarindustrie plant am 16. März einen 12proz. Lohnabbau. Die Saarkohlenpreise müssen aus Konkurrenzgründen vom 1. 2. bis 1. 3. um 13½ Proz. herabgesetzt werden.

Alle diese kurz skizzierten Umstände tragen dazu bei, für Frankreich die Rentabilität des Saargeschäfts, die zeitweise eine glänzende war, immer mehr in Frage zu stellen. Warum also weiter eine Position halten, die politisch und wirtschaftlich nichts mehr einbringt? Die Frage nach den Gründen dieses zähen französischen Festhaltens an einer einmal eroberten Position — eine Tendenz, die sich in fast grotesker Weise in der starren Beharrung auf der Besetzung des Rheinlandes trotz Dawesabkommens und Locarnovertrag zeigt — beantwortet unfrei-

willig der bekannte französische Publizist Graf D'Ormesson, wenn er über den französischen Charakter aussagt, daß diesem eigentümlich sei, „Errungenes zu kristallisieren". Das aber bedeutet Erstarrung. Dieses unfruchtbare Beharren auf einer verlorenen Position — eine typische Degerationserscheinung — muß überwunden werden. Denn es besteht kein Zweifel, daß die möglichst rasche Vereinigung der Saarfrage geeignet ist, zu einer erheblichen Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen und damit zu einer Stabilisierung der europäischen Verhältnisse beizutragen. Frankreich ist an dieser Entspannung im Hinblick auf seine mißliche Finanzlage und Bevölkerungsschwäche nicht weniger interessiert als Deutschland. Es wird Zeit, daß man dies endlich begreift.

Frankreichs Kohlenraub an der Saargrenze.

Raubschächte der de Wendelschen Gruben.

Schon vor etwa zwei Jahren teilten wir mit, daß die der Firma de Wendel gehörende Grubengesellschaft „Saar und Mosel" von ihren lothringischen Grubenanlagen Schächte unter die Saargrenze vorgetrieben habe und auf diesem reichlich ungewöhnlichen Wege einen systematischen Kohlenraub in den noch unerschlossenen Fettkohlenfeldern an der saarländischen Grenze ausübt. Das Gebiet, wo dies geschieht, ist der sogenannte „Warndt", ein nur wenig besiedeltes, von alten Wäldern bedecktes Stück Grenzland unmittelbar an der französisch-saarländischen Grenze, die es auf drei Seiten umfaßt. Es birgt in seinem Innern die reichsten, noch kaum erschlossenen Kohlenflöze, die von dort nach Lothringen herüberstreichen. Darauf haben es die lothringischen Gruben abgesehen. Wohl verfügt Lathringen selbst, wie durch zahlreiche Bohrungen bereits in deutscher Zeit nachgewiesen worden ist, über ungeheure Kohlenlager, die die des Saargebiets wahrscheinlich noch übertreffen, nicht nur im Becken von Forbach, sondern auch bei Falkenberg, Folschweiler und Oberfillen, bei St. Avold usw., aber ihre Erschließung kostet naturgemäß Zeit und Geld.

Die französische Bergwerksgesellschaft „Saar und Mosel" hat sich die verlockende Nähe der saarländischen reichhaltigen Fettkohlenfelder einerseits, die politischen Verhältnisse im Saargebiet andererseits zunutze gemacht und ist nach Art der Raubritter des Mittelalters frisch, frei, frech, seit 1922 unterirdisch ins Saargebiet vorgestoßen und hat ein großzügiges Raubprogramm in Angriff genommen. Von nicht weniger als drei Schachtanlagen wird dieser Kohlenraub ganz methodisch durchgeführt Zunächst ist der betrügerische Kohlenabbau allein von der etwa 1300 Meter von der Saargrenze entfernt liegenden Schachtanlage St. Fontaine betrieben worden. Hierdurch wurden in den Jahren 1922/1925 nicht weniger als 300 000 Tonnen bester saarländischer Fettkohle gestohlen. 1923 brachte man einen neuen Schacht „Reumaux" in unmittelbarer Nähe der Saargrenze nieder, der in die besten Saar-Fettkohlenflöze hineinführt. Zunächst wurde dieser skandalöse Kohlenraub in aller Heimlichkeit durchgeführt. Als dann darüber etwas in die Oeffentlichkeit sickerte, setzte sich die französische Privatgesellschaft mit der Saarregierung in Verbindung. die nicht etwa, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sofortige Einstellung dieses unerhörten, straffälligen Kohlenraubes verlangte, sondern in Verbindung mit der französischen Regierung, mit der französischen Saargrubenverwaltung und mit dem Oberbergamt Saarbrücken im Jahre 1924 mit der genannten Gesellschaft einen „Vertrag" abschloß, der nichts anderes als eine Sanktionierung dieses Kohlendiebstahls und dieser Grenzverletzung darstellte. In diesem Vertrag wird der „Saar und Mosel"-Bergwerksgesellschaft ein Pachtfeld von 620 Hektar im Warndt auf 99 (!) Jahre, Grube Karlsbrunn genannt, verpachtet, d. h. der französischen Grubengesellschaft wird die strafrechtliche Ausbeutung saarländischer Kohlenfelder von lothringischer Seite aus ohne jegliche Gegenleistung gestattet. Die Grube „Karlsbrunn" ist weder der Aufsicht des Oberbergamtes in Saarbrücken unterstellt, noch braucht sie Kommunalabgaben an die vom Abbau betroffenen Warndtgemeinden zu bezahlen, da nach Entscheidung der Regierungskommission „Anlagen über Tage nicht vorhanden sind"! Daß diese Art von Kohlengewinnung ein glattes Geschäft für die französische Grubengesellschaft ist, bedarf keiner besonderen Betonung. Nach eigenem Ausweis der Gesellschaft entfiel von ihrer Gesamtförderung im Jahre 1926 in Höhe von 2 146 064 Tonnen ein Achtel = 278 000 Tonnen auf die Grube Karlsbrunn. In diesem Jahre dürften allein von dem aufs allermodernste ausgerüsteten Schacht Reumaux rund 360 000 Tonnen geleistet werden. Gleichzeitig wird noch eine weitere Schachtanlage ebenfalls hart an der Grenze, niedergebracht, und eine Ausdehnung des Pachtfeldes angestrebt. Bis zum Jahre 1935 will die „Saar- und Mosel"-Gesellschaft, die 1913 1 218 227 Tonnen förderte, es auf 3 384 000 Tonnen bringen!

Daß unter diesen erleichterten Förderungs„bedingungen" der gesamte lothringische Grubenbau eine starke Steigerung aufzuweisen hat, ist gleichfalls nicht verwunderlich. Die Förderung betrug 1918: 3 796 000 Tonnen, 1925: 5 279 000 und 1926: 5 324 000 Tonnen, oder 40.3 Prozent mehr als 1913. Dagegen hat sich die Förderung im Saargebiet 1926 nur 3,5 Prozent gegenüber 1913 erhöht. Die Grube „Saar und Mosel", welche bereits seit 1922 ohne Vertragsrechte die Saarkohle raubte, hat ihre Förderung von 1 218 000 Tonnen 1913 auf 2 226 000 Tonnen 1926 oder um 85 Prozent erhöht, während die Förderung der Grube Kleinrosseln keine wesentliche Erhöhung aufweist.

Die steigende Kohlenförderung in Lothringen wirkt sich letzten Endes auch auf die Saargruben aus, da dieselben von dem natürlichen französischen Markt abgedrängt werden. Die Lothringer Kohle hat den Vorzug der Frachtverbilligung, die Gestehungskosten sind infolge niedrigeren Lohnes und sozialer Rückständigkeit geringer als im Saargebiet. Für einen Teil der im Saargebiet eroberten Kohlen fällt die Steuer weg. Zurzeit besteht im Saargebiet bereits eine Absatzkrise, welche sich in Feierschichten auswirkt, wo man in Lothringen Ueberschichten auf Ueberschichten verfährt. Die Zukunft wird bei weiterer Steigerung der Förderung nicht ohne Rückwirkung auf den Absatzmarkt im Saargebiet bleiben.

Damit aber nicht genug; neuerdings erhält sich im Saargebiet hartnäckig das Gerücht, daß die Firma de Werdel dicht bei dem Ehrenfriedhof der Stadt Saarbrücken, der heute ebenfalls an der Landesgrenze liegt, eine Schachtanlage niederbringen will, um so ein ähnliches Geschäftchen zu machen wie die Gesellschaft Sarre et Moselle. Bisher hat man geglaubt, daß die Herren de Wendel, die die beiden Kohlengruben de Wendel bei Hamm und Friedrich Heinrich bei Mörs am Niederrhein besitzen, bei aller geschäftlichen Tüchtigkeit viel zu klug und weitsichtig wären, um derart anfechtbare Geschäfte zu machen. Auch haben sie in der Geschichte ihres Hauses oft genug Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß sowohl der politische wie der wirtschaftliche Globus sich außerordentlich rasch dreht und daß, was heute oben ist, morgen leicht unten sein kann. Aber es wäre sicher für die deutsch-französische Oeffentlichkeit von allergrößter Bedeutung zu wissen, ob auch diese Firma von einer solchen Raffgier erfaßt ist, daß sie glaubt, anfechtbare Wege gehen zu können, die notwendigerweise in irgendeiner Form unangenehme Rückwirkungen haben müßten. Denn es ist ganz klar, daß, wenn eine annexionslüsterne Politik, die von der Leitung der französischen Grubenverwaltung mit kräftigster Unterstützung der Leute des „Echo de Paris" betrieben wird, von Leuten wie den de Wendels unterstützt wird, die eine ganze Reihe von Jahrzehnten unter deutscher Herrschaft als Franzosen in Lothringen ihrer industriellen Tätigkeit nachgehen konnten, dies auf die Dauer irgendwann und irgendwie einmal Rückwirkungen haben muß. Eine solche Haltung der Familie de Wendel hätte eine erheblich weitertragende Bedeutung, als wenn irgendein Beamter, der gerade Generaldirektor der französischen Saargruben ist, mit allen Zeichen des schlechten Gewissens einen Vertrag mit irgendeiner Gesellschaft macht, der er Vorteil zuschanzt.

Mit banger Sorge sieht die Stadt Saarbrücken der Entwicklung der Dinge entgegen. Nur 4 Kilometer trennen sie von dem Grenzpunkt, wo das Unheil sich zusammenballt, und auf dieser Linie liegen ihre schönsten und wertvollsten Anlagen und heiligsten Stätten: Der Deutschmühlenweiher mit dem herrlichen Naturpark, das prächtige, neuerbaute Schwimmbad, das Ehrental mit den Denkmälern von 1870 und der große Zentralfriedhof. All das wäre dem Untergang geweiht, wenn von der Grenze aus das Land unterminiert würde. Wird de Wendel es dahin kommen lassen? Fast möchte man es für unmöglich halten. Aber die Rücksichtslosigkeit, die man bereits jetzt dort an den Tag legt, gibt zu denken. Es ist Tatsache, daß die Abwässer aus der neuen Arbeiterkolonie im Habsterdick in das Tal des Deutschmühlenweihers abgeleitet werden, wo nicht nur das städtische Schwimmbad, sondern auch die städtischen Wasserversorgungsanlagen liegen. Eine Epidemie in der de Wendelschen Kolonie, wo Volk aus aller Herren Länder zu hausen pflegt, kann die ganze Stadt Saarbrücken gefährden.

Angesichts dieser geradezu unglaublich erscheinenden Vorgänge untersucht die sozialdemokratische Saarbrücker „Volksstimme" die Frage: geschieht diese Ausbeutung auf rechtlicher Grundlage? Sie gibt zur Beantwortung folgende Darstellung:

Der Paragraph 1 des Versailler Vertrages über die Abtretung und Ausbeutung der Saarkohlengruben lautet:

„Mit Inkrafttreten dieses Vertrages erwirbt der französische Staat den vollen und unumschränkten Besitz aller Kohlenlager innerhalb der Grenzen des Saarbeckens, wie diese im Artikel 48 dieses Vertrages festgesetzt sind.

Der französische Staat hat das Recht, diese Gruben auszubeuten oder nicht auszubeuten oder das Ausbeutungsrecht an Dritte abzutreten, ohne eine vorherige Genehmigung einholen oder irgend eine Formalität erfüllen zu müssen.

Um die Abgrenzung seiner Rechte zu sichern, kann der französische Staat jederzeit die Anwendung der unten erwähnten deutschen Gesetze und Verordnungen für den Bergbau verlangen."

Wohl hat der französische Staat nach vorstehendem Wortlaut das Recht zur Ausbeutung der Kohlenvorkommen, auch das Ausbeutungsrecht an Dritte abzugeben.

Es bedarf jedoch der juristischen Prüfung, ob der Dritte, die Privatgesellschaft „Saar und Mosel", von den Grenzen eines anderen, des französischen Staates, woselbst sich ihre Förderanlagen befinden, die dem französischen Staat verliehenen Kohlenlager des Saargebiets ausbeuten kann. Das Oberbergamt in Saarbrücken hat auf die Bergaufsicht des Grubenbaues, soweit die Ausbeute durch die Gesellschaft, „Saar und Mosel" im Saargebiet geschieht, verzichtet.

Der Vertreter der Saarregierung im Lanndesrat macht sich die Interessenvertretung der Saarbevölkeung ziemlich leicht, wenn er erklärt, daß die Saarregierung nach dem Wortlaut des Friedensvertrages nichts gegen den Kohlenraub unternehmen könne.

Die Saarbevölkerung hat durch ihre politischen Vertreter im Landesrat verlangt, daß der seit 1924 bestehende Vertrag über die Ausbeutung der Kohlen im Warndtgebiete der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wird. Wir halten das, da auch die Saarregierung an der Vertragsbestimmung beteiligt ist, als eine Selbstverständlichkeit, um das Saargebiet, seine Gemeinden und Bevölkerung vor Schaden zu bewahren. Diese Aufgabe hat bekanntlich auch die Saarregierung.

Auch für die französische Grubenverwaltung wäre es wirtschaftlich zweckdienlicher, wenn man keine politischen Zukunftsaufgaben vorhat, die ergiebigen Kohlenflöze an der Grenze des Saargebiets selbst auszubeuten, um damit die Rentabilität der Saargruben zu heben, welche bei jeder Lohnverhandlung als äußerst ungünstig bezeichnet wird.

Im Interesse der Saarwirtschaft sowie der Saarbevölkerung, nicht zuletzt der Bergarbeiter, muß verlangt werden, daß die Ausbeutung der Saargruben im Saargebiet selbst und nicht unter Außerachtlassung der Landesgrenzen von Privatgesellschaften geschieht. Es erscheint notwendig, daß von interessierten Stellen gegen solche, den Friedensvertrag einseitig auslegenden Verträge Einspruch erhoben wird, um das sogenannte Recht einer neutralen juristischen Prüfung zu unterziehen.

Saarfragen in der deutschen Politik.

Unterhaltung der Saargrenze.

Am 7. April erledigte der Reichstag in erster, zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Unterhaltung der Grenze des Saargebietes und die Gebrauchsrechte an dieser Grenze. Das Gesetz enthält die Protokolle, die am 13. November 1926 in Saarbrücken über die Unterhaltung der Grenzen des Saargebietes an ihrem deutsch-saarländischen und ihrem saarländisch-französischen Teil und über die Gebrauchsrechte an der deutsch-saarländischen Grenze (allgemeine Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten und kleiner Grenzverkehr) und an der saarländisch-französischen Grenze unterzeichnet worden sind. In einer der Gesetzesvorlage beigegebenen Denkschrift wird u. a. ausgeführt:

Die beiden Protokolle über die Unterhaltung der deutsch-saarländischen und der saarländisch-französischen Grenze stimmen weitgehennd miteinander überein. Sie enthalten in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse die ausführlichen Bestimmungen über die Grenzunterhaltung und stellen vielfach eine Wiedergabe der Grundsätze dar, die bereits der Grenzkommission für das Saargebiet in dem „Protokoll über die Abgrenzung des Saargebietes" vom 21. Dezember 1921 aufgestellt hatte.

Zum Unterschied hiervon weisen die beiden Protokolle über die Gebrauchsrechte an der deutsch-saarländischen und an der saarländisch-französischen Grenze Abweichungen voneinander auf. Der Grund ist folgender: Nach § 31 der Anlage zu Artikel 45 bis 50 des Vertrages von Versailles ist das Saargebiet dem französischen Zollgebiet eingeordnet worden. Demgemäß erübrigen sich für die saarländisch-französische Grenze alle Bestimmungen zollrechtlicher Art, zumal da die in § 31 Abs. 4 vorgesehene Frist für den zollfreien Warenverkehr zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland mit dem 10. Januar 1925 ihr Ende erreicht hatte. Hingegen fällt die deutsch-saarländische Grenze zusammen mit der deutsch-französischen Zollgrenze. Für diesen Grenzteil mußten daher zahlreiche zollrechtliche Fragen, insbesondere die des kleinen Grenzverkehrs, geregelt werden. Diese Zollfragen haben naturgemäß den Hauptgegenstand der Verhandlungen gebildet und stellen den wichtigsten Inhalt der vorliegenden Protokolle dar.

Die Erleichterungen persönlicher und rechtlicher Art, die den Grenzbewohnern in dem „Protokoll über die Gebrauchsrechte an der deutsch-saarländischen Grenze" eingeräumt worden sind, beruhen in der Hauptsache auf Vorschlägen des deutschen Kommissars. Indes sind diese Vorschläge in allen Punkten angenommen und in einer Reihe anderer Punkte gewissen Aenderungen unterzogen worden, insbesondere ist es nicht gelungen, eine Einigung über den sog. örtlichen Ausbesserungs- und Veredelungsverkehr zu erzielen. Das Protokoll enthält daher über diese Fragen keine Bestimmungen. Die Reichsregierung hat hierauf in Ziffer 7 des Unterzeichnungsprotokolls eine Erklärung abgegeben, wonach ihres Erachtens die vorgesehenen Erleichterungen nicht in allen Punkten den Bedürfnissen der Grenzbevölkerung Rechnung tragen. Immerhin sind den Grenzbewohnern so zahlreiche Vergünstigungen zugestanden worden, daß davon eine wesentliche Milderung der Härten und Unbequemlichkeiten erwartet werden kann, die die Errichtung der neuen Zollgrenze notwendigerweise mit sich bringen mußte. In diesem Zusammenhange ist auch darauf hinzuweisen, daß diese Erleichterungen eine beträchtliche Ergänzung und Erweiterung erfahren haben durch das Protokoll über die Regelung des Arbeiterverkehrs vom 14. September 1926.

Die einzelnen Vergünstigungen sind im allgemeinen dieselben, wie sie den Bewohnern der Grenzbezirke in den Abkommen über den kleinen Grenzverkehr üblicherweise eingeräumt werden. In einer Reihe von Artikeln sind für die Saargebietsgrenze noch Sondervergünstigungen vereinbart worden. Hiervon sind namentlich folgende Bestimmungen hervorzuheben:

Erleichterungen für den Bezug von Gas, Wasser und elektrischem Strom (Artikel 4). Von Saat- und Pflanzgut und Düngemitteln (Artikel 22), von Baustoffen (Artikel 30), von Bau- und Nutzholz (Art. 31), sowie von Lebens- und Genußmitteln und Gegenständen des notwendigen gewöhnlichen hauswirtschaftlichen Bedarfs (Art. 32).

Hervorzuheben ist noch Ziffer 3 des Unterzeichnungsprotokolls, worin festgestellt wird, „daß Ausdrücke wie deutsch-saarländische und saarländisch-französische Grenze lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen in den Protokollen verwendet worden sind und in keiner Weise eine Kennzeichnung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Grenzgebiete in sich schließen".

Die Frage der Kanalisierung der Saar und ihrer etwaigen Ausnutzung zur Gewinnung elektrischer Kraft sowie anderer Anlagen, die geeignet sind, den bisherigen Wasserlauf und Wasserstand zu hindern, bleibt besonderen Abmachungen vorbehalten. Ohne Debatte wurde sodann das deutsch-französische Abkommen über die Unterhaltung der Saargrenze in allen drei Lesungen angenommen.

Grundsätzlich ist hierzu zu bemerken, daß man jetzt nach siebenjähriger willkürlicher Abschnürung des Saargebiets vom übrigen Deutschland die sich daraus ergebenden zollpolitischen Fragen in einem Zeitpunkt durch einen Staatsvertrag regelt, wo man bereits beiderseits der neuen Grenzen sich mit der Frage der Rückgliederung sehr ernsthaft beschäftigt. Diese Tatsache ist wohl geeignet, einen weiteren Beweis dafür zu geben, wie sehr die Willkür, der Macht- und Eroberungswille, und wie wenig Vernunft und Rechtsempfinden bei der Versailler Raubteilung mitgesprochen haben.

*

Saarbesprechungen und Saarausschuß.

Eine saarländische Delegation, bestehend aus einem Mitglied der Saarländischen Volkspartei und je zwei Mitgliedern des Zentrums und der Sozialdemokraten, wurde am 5. April vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfangen. Die Besprechungen drehten sich in der Hauptsache um das Ergebnis von Genf, das ja im Saarland schwer enttäuscht hat. Dr. Stresemann führte in einem längeren Vortrag die Gründe an, die das unbefriedigende Resultat verschuldet haben. Gerade in der Truppenfrage wäre es leicht möglich gewesen, daß Briand bei den herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die Rechtslage ein Schiedsgericht vorgeschlagen hätte. Die Folge davon aber wäre unzweifelhaft ein langer, ja vielleicht Monate währender weiterer Aufenthalt der Truppen im Saargebiet gewesen. Außerdem bestand die Gefahr,

daß ein solches Schiedsgericht das Verbleiben der Truppen als zu Recht anerkannt hätte. Dieser Gefahr glaubte die deutsche Delegation durch das inzwischen angenommene Kompromiß vorbeugen zu müssen. Die Saarvertreter nahmen die Erklärungen des Außenministers entgegen, ohne ihrerseits in eine Kritik der Genfer Ereignisse einzutreten. Sie gaben jedoch zu, daß der Reichsaußenminister sich in einer überaus schwierigen Situation befunden habe.

Weiter wurde der bereits seit geraumer Zeit zur Erörterung stehende Gedanke eines Saarausschusses besprochen; die Bildung dieses Ausschusses wird wahrscheinlich gleich nach Ostern erfolgen können. Er soll aus Mitgliedern der politischen Parteien des Saarlandes und einer Reihe von Wirtschaftsvertretern bestehen. Seine Aufgabe wird es sein, bei allen Saarangelegenheiten, die im Reichstag und in den Parlamenten der beteiligten Länder, also Preußen und Bayern, behandelt werden, mit der Regierung Fühlung zu nehmen. Mit Recht bedauert man im Saargebiet, daß der Ausschuß noch nicht bestand, als die Zollverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ausgetragen wurden. So ist es gekommen, daß über wichtige Saarfragen Beschluß gefaßt wurde, ohne daß man die Vertreter des Saargebietes vorher gehört hatte. Die Folge ist begreiflicherweise eine große Unzufriedenheit der saarländischen Bevölkerung mit dem jetzt erzielten Abkommen.

Entgegen den früheren Gepflogenheiten, daß alle das Saargebiet betreffenden Fragen durch das Auswärtige Amt behandelt werden, hat sich in letzter Zeit nur das Reichswirtschaftsministerium mit diesen Dingen befaßt, das natürlich nicht so erschöpfend orientiert sein kann wie das Auswärtige Amt.

Bei der Unterredung mit Dr. Stresemann ist dann auch die wirtschaftliche Lage des Saargebietes eingehend besprochen worden, die bekanntlich recht schlecht ist, namentlich soweit die weiterverarbeitende Industrie in Betracht kommt.

*

In einer Zentrumsversammlung im Katholischen Vereinshaus in Saarbrücken besprach auch Pastor Dr. Schlich die Genfer Saarregelung und die Frage des Saarausschusses. Er führte u. a. aus:

Das Ergebnis von Genf war für das Saargebiet nicht befriedigend. Es bildet für uns eine schwere Enttäuschung. Wir wünschen eine aufrichtige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und da ist die Behandlung, die Frankreich der Saarfrage zuteil werden läßt, ein großes Hindernis. Für die Locarnopolitik sind von Deutschland bisher große Opfer gebracht worden, ohne daß von der anderen Seite die entsprechenden Gegenleistungen erfolgt wären. Es würde dem Locarnogeist und dem Ansehen des Völkerbundes mehr entsprechen, wenn sein Rat endlich das klare Recht des seiner Obhut anvertrauten Saargebietes in der Militärfrage zur Geltung brächte.

Wenn Friede und wirtschaftliches Zusammenarbeiten der beiden Völker eintreten soll, wie wir es wünschen, wozu ist da noch ein verkappter militärischer Bahnschutz nötig? Die Saarbevölkerung hat durch ihre friedliche Haltung bisher gezeigt, daß Angriffe und Zerstörungen der Eisenbahn nicht ernstlich zu befürchten sind. Wozu also eine Truppe von 800 Mann, deren Besoldung die ohnehin schon sehr starke steuerliche Belastung des Saargebietes noch erhöht. Auch ist zu befürchten, daß die so drückende Wohnungsnot dadurch noch erheblich vergrößert wird. Das beste Mittel, diese Wohnungsnot in Saarbrücken zu lindern, wäre neben dem Neubau die Ueberlassung der großen Kasernen. Hoffentlich verschließt sich die Regierung dieser Not nicht länger und sorgt für baldige Freigabe der für Wohnungszwecke geeigneten Kasernen und wesentliche Herabsetzung der Zahl des Bahnschutzkorps, wenn dessen Beseitigung nicht ganz erreicht werden kann.

An die Regierungskommission möchten wir die Bitte richten, recht bald der Gründung eines Saarausschusses den Weg zu ebnen. Es geht nicht an, daß wichtige Fragen des Saargebietes in Berlin oder in Genf behandelt werden ohne Fühlungnahme und Beratung mit den Vertretern des Saargebietes. Sonst gibt es Mißgriffe, Mißverständnisse und Unzufriedenheit. Dieser Saarausschuß muß aus tüchtigen, wirtschaftlich und politisch führenden Männern bestehen, welche die hiesigen Verhältnisse genau kennen und die Wünsche der Bevölkerung vertreten. Die Rückgliederung des Saargebietes in das deutsche Vaterland macht auf wirtschaftlichem wir politischem Gebiet eine Vorbereitung von langer Hand nötig. Und da müssen wir selbst mitsprechen. Die baldige Gründung einer Saarausschusses, der sowohl in Berlin wie in Genf die Verhandlungen zu führen hat, ist eine dringende Forderung, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden darf. —

Schließlich beschäftigte sich auch der Außenpolitiker der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, vor einem Kreis politisch interessierter Persönlichkeiten aus allen Parteilagern in Berlin mit dem Gesamtkomplex der Rheinlandfragen im Rahmen der deutschen Außenpolitik. Dr. Kaas hat bekanntlich an der letzten Herbsttagung des Völkerbundes als deutscher Deelgierter teilgenommen und hatte, wie er ausführte, in Genf verschiedentlich Gelegenheit, sich mit maßgebenden französischen Politikern, u. a. mit Loucheur und Briand, über das Westproblem zu unterhalten. Seit den Tagen von Thoiry sei eine offenkundige Versteifung in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten. Kaas hält die Politik von Thoiry, auch wenn sie bisher noch nicht zu ihrem Ziele gekommen sei, grundsätzlich für richtig. Er glaubt allerdings auch, daß die Zeit für die Durchführung des Thoirygedankens noch nicht reif sei. Deutschland habe auf Räumung des Rheinlandes einen unbestrittenen Rechtsanspruch, da es die für die vorzeitige Räumung notwendigen Voraussetzungen erfüllt habe. Das deutsch-französische Handelsprovisorium hätte man besser nicht abgeschlossen. Er persönlich glaube nicht, daß Frankreich, wenn wir seine Forderungen in bezug auf die Weineinfuhr abgelehnt hätten, zum Zollkriege geschritten wäre. Kaas lenkte weiter die Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen auf die unerträglichen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse in den Gebieten an der luxemburgischen Grenze, an der neuen holländischen und an der Saargrenze. Das Kompromiß in der Saarfrage, das in Genf abgeschlossen worden ist, hält Dr. Kaas für objektiv unbefriedigend.

Fragen der Saarwirtschaft.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen beschäftigte sich in seiner Vorstandssitzung vom 4. April im Rahmen einer allgemeinen Aussprache über die derzeitige wirtschaftliche Lage im Saargebiet eingehend mit dem Kreditproblem. Es wurde als unabweisbare Notwendigkeit empfunden, die Feingoldhypothekenregelung raschestens so zu gestalten, daß das Saargebiet keinesfalls vom deutschen Kapitalmarkt und von der dort eingetretenen Zinsverbilligung ausgeschlossen bleibt. Darüber hinaus wurden Maßnahmen erwogen und gefordert, die es neben dem Handel auch der Industrie, vor allem den mittleren und kleineren Betrieben, ermöglichen, zur Auffüllung der Betriebsmittel langfristige Realkredite zu erhalten. Man war sich darüber klar, daß die diesbezüglichen Bestrebungen im Reich notwendigerweise noch längere Zeit zu ihrer Verwirklichung bedürfen, und daß es daher notwendig erscheint, durch Zwischenmaßnahmen die erforderliche beschleunigte Hilfe herbeizuführen. Es wurde auf das Vorbild der Pfalz verwiesen, der durch die westpfälzische Wirtschaft die nötige Hilfe gebracht worden ist. Weiter wurde es als notwendig bezeichnet, daß auch die Regierungskommission sich des Problems nachdrücklichst annehme und ebenfalls, eventuell in Zusammenarbeit mit den Stellen im Reich, alle Schritte zur beschleunigten Hilfe unternehme.

Der Vorstand brachte weiter erneut mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck, daß ein weiterer Abbau der Kohlenpreise unerläßliche Voraussetzung für die Behebung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei. Er konnte sich dabei auf eine Aeußerung des französischen Ministers Tardieu berufen, der erst kürzlich in der französischen Kammere die Notwendigkeit einer Kohlenpreisermäßigung betont und ein Programm der von der französischen Regierung zu diesem Zwecke ins Auge gefaßten Maßnahmen entwickelt habe.

Weiterhin befaßte sich der Vorstand mit der Frage der Tarifermäßigung auf den Saarbahnen, in der bis jetzt nur unbefriedigende Ergebnisse erzielt worden seien. Man müsse umsomehr erwarten, daß die Eisenbahnverwaltung die von

ihr bis jetzt in dieser Frage geübte Zurückhaltung aufgebe, als die bereits eingetretene und weiterhin noch zu erwartende Senkung ihrer Gestehungskosten zweifellos einen fühlbareren Abbau der Gütertarife durchaus ermögliche. Mit Bedauern nahm die Versammlung in diesem Zusammenhang davon Kenntnis, daß die Erstellung direkter Tarife mit dem Reich eine weitere Verzögerung erfahren habe, so daß kaum vor Ende dieses Monats mit ihrer Einführung zu rechnen sei. Der Vorstand gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die einschlägigen Arbeiten nunmehr mit allem Nachdruck gefördert werden, damit die Saarwirtschaft baldmöglichst in den Genuß der mit den direkten Tarifen verbundenen Frachtermäßigungen treten könne.

Der Vorstand nahm im weiteren Verlauf der Sitzung Stellung zu dem am 31. März d. J. unterzeichneten Zustandekommen zu dem deutsch-französischen Handelsprovisorium und den beiden Saarzollabkommen. Er stellte mit Bedauern fest, daß die in diesem Zusatzabkommen für das Saargebiet erreichten Erleichterungen überaus dürftig seien und daß die Behandlung der Saarfragen zweifellos wieder unter den besonderen Schwierigkeiten der deutsch-französischen Hauptverhandlungen gelitten habe. Der Vorstand gibt der dringenden Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, diejenigen dringenden Wünsche des Saargebietes, die in dem Zusatzabkommen unberücksichtigt geblieben seien, durch nachträglichen Notenwechsel zu regeln, wobei man sich allerdings nach Lage der Dinge hinsichtlich der jetzt noch zu erreichenden Verbesserungen keinen allzu großen Erwartungen hingeben dürfe. Im übrigen habe der Gang der Verhandlungen wieder gezeigt, daß die Belastung der deutsch-französischen Hauptverhandlungen durch die Saarsonderfragen sich wesentlich zum Nachteil des Saargbietes auswirke und daß man daher wiederum zu dem Verfahren gesonderter Saarzollfragen zurückkehren müsse. Es sei daher mit allem Nachdruck anzustreben, daß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen unverzüglich und sobald als möglich eine deutsch-französische Unterkommission eingesetzt werde, die sich ausschließlich der endgültigen Regelung dere Saarzollfrage widme, um für die Zukunft zu vermeiden, daß die Saarfragen hinter den Hauptverhandlungen zurücktreten und durch diese benachteiligt werden.

Bei einer Besprechung über den Stand der Kanalfrage nahm der Vorstand davon Kenntnis, daß die in großem Umfange versandte Denkschrift in weitesten Kreisen, insbesondere in Süddeutschland, lebhaftem Interesse begegnet sei. Man könne im übrigen damit rechnen, daß in Bälde die technischen Vorprüfungsarbeiten des Kanalprojektes in Angriff genommen würden.

*

Der neue französische Zolltarif und das Saargebiet.

Die deutsch-französischen Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages sind in diesen Tagen wieder aufgenommen worden. Ihr Verlauf wird wesentlich davon beeinflußt sein, welche parlamentarische Erledigung der neue französische Zolltarif erfahren wird. Für das Saargebiet wird in naher und ferner Zukunft sehr viel von der künftigen Gestaltung des französischen Zolltarifs abhängen. Solange das Saargebiet noch dem französischen Zollsystem unterworfen ist, wirkt sich naturgemäß jede Aenderung der französischen Zollgesetzgebung im Saargebiet aus; erst recht bedeutet daher die Frage der Einführung eines neuen französischen Zolltarifs für das Saargebiet letzten Endes eine Schicksalsfrage. Von der Höhe der künftigen Zollsätze wird es im wesentlichen abhängen, ob das Saargebiet wieder, was doch so dringend erforderlich wäre, in größerem Umfange Waren aus Deutschland zu erträglichen Bedingungen beziehen kann, oder ob der deutsch-saarländische Warenverkehr noch eine weitere, schlechterdings unerträgliche, Drosselung erfahren soll.

Aber auch unter einem andern Gesichtswinkel gesehen, wird, wie die „Saarbrücker Zeitung" zu diesem Thema schreibt, der neue französische Zolltarif, auf dem sich ja wahrscheinlich die französische Zollpolitik langer Jahre aufbauen wird, für das Saargebiet von besonderer Bedeutung sein. Nachdem, wie anzunehmen ist, die Zeit der großen Schwankungen des Frankenkurses der Vergangenheit angehört, werden sich nunmehr auch im Saargebiet die Wirtschaftverhältnisse wieder mehr konsolidieren, so daß es wieder möglich, ja geradezu notwendig ist, wieder Wirtschaftspolitik auf lange Sicht zu treiben. Wenn man daher schon jetzt den Zeitpunkt ins Auge faßt, in dem das Saargebiet wieder aus dem französischen Zollgebiet ausscheidet, so wird auch dann noch das Saargebiet als Grenzland an der Gestaltung des französischen Zolltarifs das allergrößte Interesse haben. Wenn die französische Zollmauer, die sich dann vor den westlichen Toren des Saargebietes auftut, zu hoch ist, so bedeutet auch dies eine bedauerliche Unterbindung der Absatzbeziehungen von Industrie, Handel und Gewerbe nach Frankreich, die auch zu großen Härten führen muß, wenn diese in ihrer Gesamtheit auch eher tragbar erscheinen als die Auswirkungen der jetzigen Zollabschnürung von Deutschland.

Betrachtet man nun das saarländische Zollproblem unter Gegenwarts- und unter Zukunftsgesichtspunkten, so ergibt sich in beiden Fällen, daß das Saargebiet das allergrößte Interesse daran hat, daß der neue französische Zolltarif sich möglichst auf freihändlerischer Grundlage bewegt und sich von jeder Ueberspannung des Schutzzollgedankens fernhält. In dieser Hinsicht aber bedeutet der neue Zolltarif für das Saargebiet eine große Enttäuschung. Denn im großen und ganzen bringt er keinen Abbau, sondern noch eine erhebliche Verstärkung der bisher schon stark hervortretenden schutzzöllnerischen Forderungen. Zollerhöhungen von 50—75 Prozent, ja noch darüber hinaus, sind keine Seltenheit!

Für diesen von französischer Seite gewünschten verstärkten Zollschutz werden die verschiedensten Gründe ins Feld geführt. Vor allem ist dafür maßgebend die industrielle Expansion der französischen Wirtschaft in den letzten Jahren. Vorerst wird unter diesen Umständen das Saargebiet mit einer Verstärkung des schutzzöllnerischen Gedankens im französischen Zolltarif rechnen müssen. Zwar kann durch den Ausgang der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und der Saarzollverhandlungen eine nicht unwesentliche Abmilderung des schutzzöllnerischen Charakters des französischen Zolltarifs für das Saargebiet erreicht werden. Aber immerhin bildet bei den künftigen Verhandlungen der neue Zolltarifentwurf eine Grundlage, die allerdings alles andere als besonders günstig ist. Gerade für das Saargebiet ist die Lage — jetzt sowohl wie in Zukunft — bei diesen Verhandlungen so, daß es ein erheblich größeres Interesse an dem Abbau des französischen Schutzzolls haben muß, als die übrige deutsche Wirtschaft.

Was die Einzelfragen in dem neuen Entwurf angeht, so ist bemerkenswert, daß es endlich gelungen ist, die französischen Unterhändler dahin zu bringen, daß in Zukunft die Gewährung einer uneingeschränkten Meistbegünstigung sich als möglich erweist; bei der Hartnäckigkeit, mit der man sich in Frankreich bisher dagegen gewehrt hat, ein immerhin bemerkenswerter Fortschritt.

Bedauerlich ist es auf der einen Seite, daß auch nach den neuen Bestimmungen an eine Ausweitung des aktiven Veredelungsverkehrs, an dem gerade das Saargebiet besonderes Interesse hat, nicht zu denken ist. Im Gegenteil steht zu befürchten, daß durch die vorgesehene Aufhebung der admission temporian spéciale der aktive Veredelungsverkehr sogar noch stark eingeengt werden wird.

Begrüßt werden wird zweifellos im Saargebiet die Spezialisierung der Zollpositionen, die von 654 auf 1750 heraufgesetzt worden sind; dadurch wird die Unsicherheit in der Tarifierung, die bisher einen starken Umfang angenommen hatte, zweifellos verringert. Bedauerlich ist dabei nur, daß diese Spezialisierung in vielen Fällen zu einer enormen Erhöhung des Zollschutzes geführt hat

Wenn die Vervielfältigungskoeffizienten in Zukunft in Wegfall kommen sollen, so bedeutet dies eine wesentliche Vereinfachung bei der Berechnung der Zölle. Es ist zwar vorgesehen, daß die Zollsätze automatisch nach oben oder nach unten abgeändert werden können, wenn eine Aenderung des Großhandelsindexes um mehr als 20 Prozent eintritt. Doch steht schließlich zu erwarten, daß diese Bestimmung Theorie bleiben wird.

Es würde in diesem Zusammenhang zu weit führen, noch weitere Einzelfragen dieses Entwurfs, die auch für das Saargebiet von Interesse sind, zu erörtern. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß der Entwurf auch die Möglichkeit der Bezollung von Rohstoffen vorsieht. Es ist gewiß kein zufälliges Zusammentreffen, wenn gleichzeitig in Frankreich mit Rücksicht auf das Vordringen englischer Kohle auf dem französischen Markt und der gespannten Lage des französischen Kohlenbergbaues bereits einem Kohlenzoll das Wort geredet wird, eine Frage, die schon jetzt, vor allem aber auch in Zukunft, für das Saargebiet von außerordentlicher Bedeutung werden kann.

So unbefriedigend im großen und ganzen auch der neue französische Zolltarif für die Saarwirtschaft ist, wird man doch der bestimmten Erwartung Ausdruck geben können, daß es den saarländischen Wirtschaftsvertretern gelingen möge, vor einer endgültigen Formulierung die Stimme des Saargebietes noch genügend zur Geltung zu bringen.

*

Die Mißstände an der Zollgrenze.

Das Kapitel „Zollschikanen" ist im Saargebiet im Laufe der letzten Jahre derart angewachsen, daß die Hoffnung auf seine Beseitigung schon längst einem stummen Fatalismus gewichen ist und die betroffene Kaufmannschaft nur noch selten mit ihren Klagen in die Oeffentlichkeit tritt. Wer aus diesem „Abklang" der Zollerörterungen den Rückschluß zieht, daß die Verhältnisse an der Saarzollgrenze sich inzwischen gebessert haben, täuscht sich, wie nachstehende Zuschriften in der „Saarbrücker Zeitung" zeigen:

„Der juristische Grundsatz, „Unkenntnis schützt nicht vor Strafe", mag in einem Staatswesen, dessen Träger von der öffentlichen Ordnung durchdrungen sind, seine Berechtigung haben. Wohin die Anwendung dieses Grundsatzes in einem Staatswesen, wo verschiedene Bestimmungen, Verordnungen und Gewohnheiten sich mischen, führt, zeigt folgender Vorfall. Ein hiesiger Geschäftsman hatte einige Kisten mit kleinen Standuhren (Tischuhren) einzuführen. Die Uhren waren deklariert nach der Position des französischen Zolltarifes „Uhren über 500 Gramm". An der Zollgrenze machte der französische Beamte dem Einführenden jedoch klar, daß diese Gewichtsgrenze nur für das Uhrwerk gelte. Er schraubte also das Werk aus dem Gehäuse, so daß sich natürlich ein erheblich geringeres Gewicht ergab. Resultat: Die fünf Kisten (fünf Kisten!) wurden vorläufig beschlagnahmt und der betreffende Herr mit einer Zollstrafe von mehreren tausend Franken belegt. Kommentar überflüssig."

Eine andere Zuschrift schildert einen ähnlichen Fall. Hier handelte es sich um die Einfuhr von Hufeisenstollen, und zwar waren es gezackte Winterstollen und gewöhnliche Hufeisenstollen. Der französische Deklarant stellte nun die Ordnungsmäßigkeit der Verzollung der gewöhnlichen Stollen fest, dagegen sträubte er sich gegen die Anerkennung der Winterstollen als Hufeisenstollen. Ein Exemplar der strittigen Waren wurde schließlich an das französische Sachverständigengremium geschickt, das folgende merkwürdige Feststellung machte: „Es handelt sich bei dem Stück um — Teile einer in Frankreich nicht bekannten Maschine!" Man kann sich angesichts dieser weisen Entscheidung eines Lächelns nicht erwehren. Da es gegen das Urteil dieses Sachverständigengerichts eine Berufung jedoch nicht gibt, war der betreffende Saarländer aber zur Rücksendung der Waren gezwungen. Und das war weniger lustig.

Wer ganz objektiv sein will, könnte zugeben, daß derartige Fälle nur die Auswüchse eines überzüchteten Bürokratismus sind und daß die Zollbeamten für derartige Vorkommnisse nicht verantwortlich gemacht werden können. Daß aber auch die Zollbeamtenschaft nicht wenig zu der Zollmisere beitragen, geht aus der nachstehenden Zuschrift hervor:

„Wer des öfteren die Zollstellen an den Landstraßen der Saargebietsgrenze passieren muß, kann auch beliebig oft die Feststellung machen, daß der Abschluß von Handelsverträgen mit Frankreich von den Beamten der verschiedenen Zollämter einfach sabotiert wird. Diese Mißstände zeigen sich vor allem an der Zollstelle Einöd-Landstraße. An Stelle des bisherigen Inspektors Vivicorsi wurde Herr Touchet (früher als Receveur beim Zollamt Einöd-Bahnhof beschäftigt) zum Leiter des Büros an der Landstraße bestimmt. Seit dieser Aenderung im Personal ist auch zum Leidwesen der auf Abfertigung wartenden Personen eine grundlegende Aenderung in der Verzollung von Waren eingetreten.

Durch die neue Einteilung auf dem Büro Einöd-Landstraße ist die Zahl der dort beschäftigten Beamten von zwei auf fünf angewachsen. Wer nun aber glaubt, daß durch diese Vermehrung im Personal auch eine gesteigerte Arbeitsleistung eintreten müßte, wird schwer enttäuscht. Im Gegenteil, Herr Touchet gibt bekannt, daß in Zukunft eine Begrenzung der täglich abgegebenen Deklarationen eintreten müßte. Die Folge dieser sehr eigenmächtigen Anordnung wird sein, daß sehr viele Personen mit der Verzollung ihrer Waren bis zum nächsten Tag warten müssen. Allgemein bekannt ist, daß der Zoll, besonders aber die französischen Zollbehörden, keine verkehrsfördernden Anstalten sind, aber der Beamte ist doch, nicht zuletzt im Interesse der Verwaltung, verpflichtet, für rascheste Durchführung der Warenverzollung zu sorgen. Wenn aber, wie dies in Einöd fast dauernd geschieht, die Abfertigung 7 bis 8 Stunden dauert, so ist dies weniger Schikane, als regelrechte Arbeitsscheu.

Prinzip und Grundsatz scheint in Einöd zu sein, vormittags überhaupt nichts zu verzollen. Es müßte für die Verwaltung interessant sein, zu erfahren, was bisher vormittags geleistet wurde. Der Vormittag ist lediglich dem Studium der Zeitungen, der Muse und dem gegenseitigen Meinungsaustausch gewidmet. Die Folge davon ist, daß der verzollende Geschäftsmann oft einen ganzen Tag an der Zollgrenze verbringen muß, daß ihm Unkosten an unausgenützter Arbeitszeit entstehen, die die Zollbelastung in seiner Selbstkostenpreisbildung noch stärker in Erscheinung treten lassen."

Wohnungsnot — Kriegsopfer — Kapitalabfindung!

(Ein Beitrag zum Kapitel: Bekämpfung der Wohnungsnot im Saargebiet.)

Aus dem Saargebiet wird uns mitgeteilt:

Neben vielen anderen Folgeerscheinungen des Krieges 1914 bis 1918 und einer landfremden und seelenlosen Regierung hat sich die Wohnungsnot auch im Saargebiet allerorts bitter bemerkbar gemacht und so manch unliebsame Erscheinung zur Folge gehabt. Reich, Länder, Städte, Gemeinden und Genossenschaften haben sich bemüht, die ärgsten Auswüchse der Wohnungsnot zu lindern. Wenn es im Saargebiet trotz Währungselend und Besatzungsforderungen gelungen ist, trotz der Untätigkeit der Saarregierung vorwärts zu kommen, so beweist das, mit welcher Zähigkeit die Bevölkerung an der Saar am deutschen Wiederaufbau mitarbeitet.

Nicht in letzter Linie waren bisher und sind auch weiterhin die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen an der Lösung dieser sicher nicht leichten Aufgabe in starkem Maße beteiligt. Aus amtlichen Unterlagen konnte festgestellt werden, in welcher Weise sich die Beschädigten und Hinterbliebenen des Saargebietes an der Errichtung neuer Häuser bzw. an der Vergrößerung früher erworbener Häuser beteiligt haben, wodurch für unsere engere Heimat das Wohnungselend um ein Bedeutendes herabgemindert worden ist. Zum Teil sind auch die Kapitalabfindungen zur Abstoßung bzw. Verminderung von Hypotheken verwendet worden, wodurch Geldverleihinstitute wiederum für andere Baulustige Mittel flüssig machen konnten.

Ein ansehnlicher Teil der jeweils notwendigen Mittel ist den Kriegsopfern durch das Kapitalabfindungsgesetz 1916 und durch das Reichsversorgungsgesetz von 1920 zur Verfügung gestellt worden.

Mit Hilfe der ihnen auf Grund des erstgenannten Gesetzes bewilligten Mittel haben im Saargebiet in der Zeit von 1916 bis Ende 1923 1052 Beschädigte und 222 Kriegerwitwen Häuser gebaut, gekauft, vergrößert und instandsetzen lassen.

Mit Beginn und bis zum Ende der Inflationszeit hat die Bautätigkeit allgemein mehr oder weniger geruht, so daß während dieser Zeit auch nur sehr wenige der vorgenannten Personen um eine Abfindung eingekommen sind. Um so stärker aber lebte mit Einführung der Goldmarkrenten, die im Saargebiet, mit einem vorher zu ermittelnden Umrechnungskurs umgerechnet, in Franken zur Auszahlung gelangen, die Bautätigkeit unter den Kriegsopfern wieder auf und um so reichlicher wurden Abfindungsanträge gestellt.

Im Zusammenhang hiermit sei auch kurz auf die Geldquellen hingewiesen, aus denen dem mehrgenannten Personenkreis die Mittel zugeflossen sind. Nach den zwischen der Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes getroffenen Vereinbarungen trägt das Reich drei Viertel und die Regierungskommission ein Viertel der zur Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz erforderlichen Mittel im allgemeinen. Dieses Verhältnis gilt auch im besonderen für die zur Kapitalisierung zur Verfügung zu stellenden Gelder. Vom 1. 1. (Einführung der Rentenmark) bis 31. 12. 1924 standen 109 393 RM., vom 1. 1. bis 31. 12. 1925 881 233 RM. und vom 1. 1. bis 31. 12. 1926 1 580 997 RM. zur Verfügung, die den Antragstellern, soweit bei ihnen die gesetzlichen Voraussetzungen zur Bewilligung einer Kapitalabfindung erfüllt waren, in den 3 Jahren auch restlos bewilligt worden sind. Weitere Mittel für die noch schwebenden und in der Zukunft noch zu stellenden Anträge stehen zur Verfügung bzw. werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Haushaltspläne des Reiches und der Regierungskommission des Saargebietes flüssig gemacht werden.

Wenn auch, wie bereits weiter oben angedeutet, im Einzelfalle die Abfindungssumme zur Durchführung des Bauplanes nicht restlos genügte und andere Geldgeber noch in Anspruch genommen werden mußten, so ist doch die Abfindungssumme in jedem Falle ein guter Grundstock, dem bzw. der Abgefundenen das Bauen zu erleichtern.

Es ist vorstehend schon die Zahl derjenigen Beschädigten und Witwen angegeben, welche die Abfindungsmöglichkeit nach dem Gesetz 1916 benutzt haben. Es bleibt noch zu erläutern, wie sich die im Reichsversorgungsgesetz 1920 enthaltenen Bestimmungen betr. Kapitalabfindung in der Zeit vom 1. 1. 1924 bis 31. 12. 1926

im Saargebiet ausgewirkt haben. Im Jahre 1924 haben 63 Beschädigte und 1 Witwe Kapitalabfindung zu den im Gesetze vorgesehenen Zwecken erhalten, im Jahre 1925 waren es 300 Beschädigte und 57 Witwen und im Jahre 1926 endlich waren es 368 Beschädigte und 144 Witwen.

Die Abgefundenen verteilen sich auf die einzelnen Kreise bzw. Bezirke des Saargebietes wie folgt:

Saarbrücken-Stadt . . .	50	Beschädigte	und	6	Witwen
Saarbrücken-Land	231	„	„	45	„
St. Ingbert	43	„	„	16	„
Saarlouis	150	„	„	63	„
Merzig	33	„	„	12	„
Ottweiler	160	„	„	35	„
St. Wendel	32	„	„	7	„
Homburg	32	„	„	18	„
zusammen in 3 Jahren . .	731	Beschädigte	und	202	Witwen

Am 1. Januar 1927 waren im Saargebiet 6594 Kriegsbeschädigte und 3255 Witwen vorhanden. Diese beiden Zahlen können auch als Endzahlen für die Jahre 1924 und 1925 angenommen werden, weil die geringen Schwankungen, die durch Zu- und Abgänge inzwischen eintraten, unwesentlich und nicht geeignet sind, das Gesamtbild zu ändern.

Prozentual wurden abgefunden:

Im Kreise	1924		1925		1926	
	Besch.	Witw.	Besch.	Witw.	Besch.	Witw.
	Prozent					
Saarbrücken-Stadt .	0,03	—	0,27	0,06	0,56	0,12
Saarbrücken-Land .	0,32	—	1,64	0,18	1,55	1,20
St. Ingbert . . .	0,05	—	0,24	—	0,36	0,49
Saarlouis	0,24	0,03	0,99	0,65	1,05	1,26
Merzig	—	—	0,26	0,09	0,24	0,28
Ottweiler	0,14	—	0,82	0,43	1,47	0,65
St. Wendel	0,12	—	0,24	0,06	0,12	0,15
Homburg	0,06	—	0,20	0,28	0,23	0,28

Wie die in den einzelnen Kreisen ansässigen Beschädigten und Witwen von der Möglichkeit der Abfindung Gebrauch gemacht haben, ergibt sich aus den vorstehenden Ausführungen. Während die Beschädigten im Landkreis Saarbrücken am stärksten beteiligt waren, sind die Witwen des Kreises Saarlouis in der Mehrzahl.

Nach alledem müssen die Allgemeinheit und insbesondere die an der Behebung der Wohnungsnot interessierten Behörden und Körperschaften auch unsern Kriegsopfern dankbar sein, daß sie, wenn auch im Verborgenen, so tatkräftig an der Lösung der brennenden Frage der Beseitigung der Wohnungsnot mitgewirkt haben.

Stille Helden des Deutschtums an der Saar.

Von einem Grenzwächter.

Es soll mir heute mal erlaubt sein zu schreiben von stillem Heldentum, von kleinen Helden, deren keiner gedenkt, die im Gegenteil in der Oeffentlichkeit verachtet, von ihren Kameraden gemieden und verstoßen sind. Ich halte es für meine Pflicht, für diese einmal eine Lanze zu brechen. Es sind dies die Schüler der Franzosenschulen. Ich glaube ja nicht, daß das, was ich schreibe, von allen gilt, aber auf einen großen Teil trifft es zu.

Machte ich mir da vor einiger Zeit an der Franzosenschule die Arbeit, die Kinder einer Klasse und zwar der Oberklasse, im Französischen zu prüfen, in der Sprache, die für die Kinder schon drei lange Jahre das Hauptfach ist. Ich war auf allerhand gefaßt, aber das Ergebnis übertraf meine kühnsten Vermutungen.

An der Wand hingen einige Anschauungsbilder. An diesen sollten sie mal ihre Kenntnisse zeigen, Unter jedem Bilde stand in leichtem Französisch zu lesen, was das Bild darstellte, so wie es schon bei uns im ersten Lesebuche der Fall ist. Hängt da unter anderem ein Bild, unter dem zu lesen steht: La rue.

„Kinder! was heißt: La rue!"

Keine Antwort. Kein Finger bewegt sich.

„Ei, schaut euch doch mal das Bild an der Wand an, dann könnt ihr es ja schon raten!"

Nach einigen vergeblichen Versuchen rät es einer:

„Eine Straße!"

Auf einem anderen Bilde stand zu lesen: La maison.

Keine Antwort.

Und als ich erst den komplizierten Satz: La vie de l'enfant übersetzen ließ, gelang es mir nur mit vieler Mühe zu erfahren, was la vie bedeute. L'enfant war nicht zu ermitteln.

„Na", sagte ich, „was habt ihr denn in den drei Jahren gelernt, in denen ihr schon Französisch habt?" Könnt ihr denn gar nichts? Wer will mir denn etwas auf französisch sagen? Da hebt sich ein Finger:

„Férme la porte!"

„Was heißt das denn," fragte ich lachend, denn das wußte ich schon als kleiner Junge von sieben Jahren.

Da ruft die ganze Klasse:

„Die Tür mach zu!"

Um ihr Wissen denn nun einigermaßen zu vervollständigen, lehrte ich sie den ganzen Vers:

Le boeuf, der Ochs,
La vache, die Kuh,
Férme la porte,
Die Tür mach zu!

„Kinder, habt ihr denn gar nichts gelernt!"

Da ruft ein großer Junge:

„Das Französisch ist für uns russisch!"

„Lernt ihr denn kein Französisch?"

„Wir wollen keins lernen!"

Arme Kinder, dachte ich. Man will euch die Muttersprache rauben! Man will euch zu kleinen Franzosen machen! Ihr aber wollt nicht! Ihr liebt eure deutsche Muttersprache, und doch sollt ihr sie nur ganz kümmerlich lernen, so daß ihr entsetzlich viel Fehler schreibt! Aber ihr seid kleine Helden! Ihr steht hier an der Front des Kampfes für das Deutschtum. Denn euch soll die deutsche Sprache aus dem Herzen gerissen und an deren Stelle die französische gesetzt werden. Ihr aber haltet die Front treu wie eine Siegfriedstellung! Und wenn an jedem Morgen ein Trommelfeuer über euch dahingeht, wenn der Lehrer euch über's Knie legt, wenn es Strafarbeit hagelt und schlechte Noten gibt, es ist euch kein Französisch beizubringen! Denn ihr wollt nicht!

Ich weiß es, die Kinder können nichts dafür, daß sie hier in dieser Schule sind. Was waren sie so traurig vor drei Jahren, als sie die deutsche Schule verlassen mußten. Welch bittere Tränen wurden geweint. Aber die Eltern haben sie verkauft, verkauft für einige Franken täglichen Mehrverdienstes. Andern Eltern wurden sie gleichsam abgepreßt, indem man drohte, sie aus der Grubenwohnung zu werfen. Andere konnten nur deshalb Arbeit erhalten, daß sie ihre Kinder in die Franzosenschule schickten. Persönlich haben wir es gesehen, als der erste Schultag in der Franzosenschule war. Mit Händen und Füßen wehrten sich die kleinen Jungen und Mädchen, weinten, aber es half nichts, sie wurden buchstäblich hineingeschleppt. Nun, sie mußten der Gewalt weichen. Hin und wieder tauchte das eine oder das andere für einen Tag wieder in der deutschen Schule auf, viele kamen auch ganz zurück. Die aber in der Franzosenschule blieben, haben sich äußerlich in ihr Schicksal gefügt, aber ein stiller, passiver Widerstand ist an die Stelle des offenen Kampfes getreten, da sie kein Französisch lernen, weil sie nicht wollen.

Und kommen sie auf die Straße und wollen mit den Kindern der deutschen Schule spielen, so werden sie ausgespottet, ausgelacht, gemieden. Und doch sind sie so deutsch im Herzen wie nur einer der anderen.

Dies kam mir so recht zum Bewußtsein, als neulich in unserer Stadt ein Theaterstück gespielt wurde, das von Freiheitskämpfen handelte. Es waren Kinder aus allen Schulen dort, von unseren Gymnasien, Lyzeen, von der deutschen Jungen- und Mädchenschule. Ich hörte nachher keine Bemerkung über das Stück aus Kindermund. Nur in der Franzosenschule begrüßten mich die Jungens mit dem Ruf:

„Gestern ist ein feines Theaterstück gespielt worden! Was wurden da die Franzosen verhauen! Sie sind alle übereinandergeflogen und zur Türe hinausgeschmissen worden! Das war fein!"

Das ist der Erfolg des dreijährigen wissenschaftlichen Trommelfeuers auf unsere Saarjugend. Die mit so großem Tamtam eröffnete Franzosenschule hat nicht mehr geerntet, als eben geschildert wurde.

Nun verdamme mir noch einer die armen Kinder an der Franzosenschule! Sie sind so deutsch wie nur einer, ja, sie müssen noch leiden für ihr Deutschtum, sind eben stille Helden des Deutschtums an der Saar!

Michael Felix Korum, der deutsche Bischof von Trier
und die französische Besatzung.

Im Theatiner-Verlag München-Rom ist ein Werk erschienen: „Michael Felix Korum, Bischof von Trier 1840—1921, Ein Lebens- und Zeitbild von Jakob Treitz, Pfarrer an der Liebfrauenkirche zu Trier." Die Biographie, so heißt es im Vorwort, soll kein eigentliches Geschichtswerk sein, sondern vielmehr ein warm gezeichnetes Lebensbild für die Verehrer und Freunde und geistlichen Kinder des Verstorbenen, sowie für all die Zeitgenossen, denen der Bischof lieb und verehrungswürdig war und denen deshalb auch die geringfügigsten Züge seines Lebens von Bedeutung sind. In diesem Lebens- und Zeitbild ist auch die kerndeutsche, aufrechte und mutige Haltung geschildert, die der verstorbene Bischof Korum der französischen Besatzung gegenüber in Trier eingenommen hat. Sowohl diese Ausführungen, als auch all das, was über das Verhältnis des Bischofs zum Saargebiet niedergeschrieben ist, dürfte für unsere Leser von ganz besonderem Interesse sein. Wir bringen einen Auszug der interessanten Ausführungen nachstehend zum Abdruck:

„Die elsässische Abstammung des Bischofs hatte auf französischer Seite wohl die Erwartung aufkommen lassen, man werde an ihm einen Befürworter ihrer politischen Ziele gewinnen. Gleich in den ersten Tagen der Besetzung Triers erklärte der Bischof aber einem hohen französischen Militär: „Ich treibe keine Politik und trage mit meinem Volke das schwere Unglück, das die Vorsehung hat über uns kommen lassen." Am deutlichsten kam das edle Selbstbewußtsein des Bischofs zum Ausdruck bei einer Begegnung mit General Mangin, dem damaligen Oberbefehlshaber im Rheinland. Als dieser im September 1919 Trier besuchte, erging an alle Spitzen der Behörden die Aufforderung, sich im Kasino einzufinden, um dem General vorgestellt zu werden. Die Besatzungsbehörde legte großen Wert darauf, daß Bischof Korum bei dieser Zeremonie nicht fehle. Nachdem verschiedene Versuche, den Bischof durch einflußreiche Mittelspersonen zur Teilnahme zu bewegen, fehlgeschlagen waren, begab sich ein höherer Offizier persönlich zu dem Bischof, um ihn einzuladen. Dieser erklärte jedoch mit größter Entschiedenheit: „Ich werde nicht im Kasino erscheinen." Als dann der Offizier sein Erstaunen über diese Weigerung äußerte und darauf hinwies, daß bei der hohen Stellung des Generals alle Behörden Triers vorgestellt werden sollten, wurde der Bischof deutlicher. „Wäre ich der Abbé oder Curé Korum, so läge die Sache anders. Als Bischof von Trier bin ich aber kein Beamter, der sich zu einer solchen Veranstaltung beordern läßt. Ich habe nie einem deutschen General oder Minister Besuch gemacht, wenn sie nach Trier kamen, nur zum Kaiser bin ich gegangen, und dann wurde ich nicht beordert, sondern in Audienz empfangen. Ich komme also bestimmt nicht ins Kasino. Wenn der Herr General mich zu sprechen wünscht, so mag er mir zuerst einen Besuch machen. Das ist bei uns die Regel, daran halte ich mich." ... Etwa eine Stunde vor dem Akt im Kasino überbrachte dann ein Adjutant Mangins dem Bischof ein höfliches Schreiben, worin der General mit dem Ausdrucke seiner Hochachtung dem Bischof erklärte, er würde sich glücklich schätzen, wenn er erfahren könnte, zu welcher Stunde Se. Gnaden ihm die Ehre geben wollten, ihn zu empfangen. „So, jetzt ist die Sache in Ordnung," sagte der Bischof, „jetzt können wir miteinander verhandeln." General Mangin war bei seinem Besuch im Bischofshof begleitet von mehreren hohen Offizieren. Das selbstbewußte Verhalten Korums nötigte dem Soldaten Achtung ab.

Dem General Caron, der in Begleitung eines katholischen Militärgeistlichen am 6. 11. 1919 dem Bischof seinen Dank abstattete für die Ueberlassung des Domes zu einem feierlichen Totengottesdienst, und der sich als Elsässer vorstellte und dem Wunsche Ausdruck gab, es möge dahin kommen, daß die nächste Allerseelenfeier Deutsche und Franzosen um den Bischof vereinige, erklärte er: „Das wünsche ich auch. Vor dem Kriege haßten wir die Franzosen nicht. Wir sind Franken wie ihr. Ihr seid keine edlere Rasse als wir, und der Haß, der augenblicklich zwischen den beiden Volksstämmen herrscht, der würde nicht entstanden sein, wenn Ihr Franzosen ihn nicht seit 1870 großgezogen hättet." Als der General darauf hinwies, daß die Spannung zwischen den beiden Nationen bestimmt nachgelassen hätte, wenn man 1880 aus Elsaß-Lothringen einen Freistaat gemacht hätte, und als er erklärte, wie bitter es ihm geworden sei, nach 1870 Straßburg verlassen zu müssen, erwiderte der Bischof: „Frankreich darf allerdings nicht vergessen, daß Straßburg durch Ludwig XIV. geraubt worden ist. Ich war in Straßburg 1870 als Professor. Denn wenn ich hier Bischof bin, so bin ich das durch die Gnade Gottes und den Willen des Papstes. Ich habe wohl die Fehler gesehen, welche die deutsche Regierung gemacht hat." Darauf der General: „Monseigneur, diese Fehler werden wir hier nicht begehen. Wir sind entschlossen, uns politisch vollständig neutral zu halten und nur dafür zu sorgen, daß die Ordnung respektiert wird."

Der Bischof gab ihm zu, daß Frankreich viel gelitten habe, man brauche nur an die 500 Kilometer in die Länge und 30 bis 40 Kilometer in die Breite das Land zu sehen, das vollständig verwüstet ist. Er gab auch zu, daß die deutsche Verwaltung ihre Macht manchmal mißbraucht habe, z. B. durch die Internierung der Zivilbevölkerung, aber, sagte er, „wir auch, wir haben auch gelitten. Mehr als 200 Bomben sind über Trier geworfen worden, und drei Dinge vor allem haben uns empfindlich aufgebracht: die Behandlung, die man unseren Gefangenen hat zuteil werden lassen, daß man uns die letzten Schiffe abgenommen hat, mit denen wir Brotfrucht für unsere hungernde Bevölkerung hereinbringen könnten, und das Verlangen, daß der Kaiser vor Gericht gestellt werden müsse."

Wie der Nachruf in der „Revue catholique d'Alsace" dankend anerkennt, hat der Bischof nicht versäumt, den elsässischen Opfern des Krieges alle möglichen Liebesdienste zu erweisen. Viele Elsässer seien in der Moselgegend ausgewiesen worden, und es sei unmöglich, all das aufzuzählen, was der Trierer Bischof getan habe, um die körperlichen und geistigen Leiden seiner armen vertriebenen Landsleute zu heilen. — Auch viele französische Familien wandten sich um Auskunft an den Bischof wegen ihrer Angehörigen. „Leider kann ich mit dem besten Willen," so beklagt er sich einmal am 17. 12. 14, „dem Wunsche so vieler Leute nicht nachkommen, die mich durch das Rote Kreuz um Nachricht bitten über ihre Verwandten, die in deutsche oder französische Gefangenschaft gekommen sind, oder vom Schlachtfeld in deutschen oder französischen Lazaretten Aufnahme fanden. Einigen Familien, deren Söhne in Trier sich befanden, konnte ich Nachricht senden; vielen jedoch war es nicht möglich, Sicheres zu melden. Diese Ungewißheit ist für viele Familien ein schreckliches Kreuz."

Besondere Sorge machte nach der Besetzung dem Trierer Oberhirten das Saarland. Diese Sorge um einen Teil seiner Diözesanen war mit eine Hauptveranlassung, daß er Anfang 1920, sobald Reisegelegenheit war, nach der ewigen Stadt eilte, von wo er mit der Versicherung zurückkehrte, daß, solange auf politischen Gebiete nur mit vorübergehenden Veränderungen im Saarrevier zu rechnen sei, kirchlicherseits nichts geändert werden würde. Die treuen Saarländer haben es ihrem greisen Bischof dankbar gelohnt. Schon bei der großen Pilgerfeier in St. Matthias zu Pfingsten 1921 kamen die braven Knappen zu vielen Tausenden gewallfahrtet und brachten dem Bischof draußen in St. Matthias eine ergreifende Ovation dar, die den gebrechlichen Kirchenfürsten zu Tränen rührte. An seinem Jubeltage im August aber marschierten die Saarländer in der Stärke von über 12 000 Mann in dem imposanten Festzug, der an dem bischöflichen Jubilar vorüberdefilierte. Aus ihren Augen leuchtete der Stolz und die Freude von Söhnen, die sich auf die Treue ihres Vaters verlassen konnten, und ihre Jubelrufe waren das laute Echo der apostolischen Liebe, die in dem Herzen des greisen Oberhirten dort auf der Tribüne in unerschütterlicher Treue zu seinen geprüften Kindern lebte. „Unser Bischof ist heute noch das einzige, was uns Saarländer mit dem Trierer Lande verbindet", so las man in der Saarpresse in jenen Tagen. Eine eigene Fügung wollte es, daß seine letzte Sorge und sein letzter Segen noch dem Saarbezirk galten. Der Vorsitzende des katholischen Lehrerverbandes „Saarpfalz", Lehrer Treitz, und das Vorstandsmitglied, Lehrer Valerius, waren auf den 4. Dezember zur Audienz gebeten, um die von 700 Verbandsmitgliedern und ihren Schülern gesammelte Spende für die Diasporakinder zu überbringen, sowie „den Ausdruck tiefergebener kindlicher Verehrung und Liebe und das Gelöbnis unentwegter Treue zum Verbandsprogramm: Hebung der Schule nach den

Grundsätzen der katholischen Kirche! endlich dem Wunsche Ausdruck zu geben, Bischöfliche Gnaden möchten noch viele Jahre unser Hirt und Vater sein, zu dem wir Katholiken an der Saar, und unter diesen wir saarländischen katholischen Lehrer nicht an letzter Stelle in Gehorsam und Treue stehen, und von dem wir uns nicht trennen lassen wollen".

„Der Bischof", so berichteten die beiden Abgeordneten, „sprach stehend, so daß wir dringend bitten mußten, der H. H. möge doch sitzen, was er jedoch nur tat unter der nochmaligen liebenswürdigsten Einladung, daß auch wir uns setzten . . . Unter lebhafter Freude erinnerte er sich der Katholiken an der Saar, die ihm an seinem Jubeltage ihre Liebe und Treue erwiesen. So Gott wolle, komme er nächstes Jahr noch einmal nach der Saar, wenn er auch nur in eine Kirche gehen könne, die guten Leute kämen gewiß gerne zu ihm." So ist Bischof Korum in der Tat ein treuer Paladin des deutschen Vaterlandes geworden; der treue Ekkehard des deutschen Volkes in den schweren Stunden nach dem Zusammenbruch! Seine Vaterlandsliebe, von ehrlicher Ueberzeugung getragen und von übernatürlich erleuchtetem Glauben veredelt, war nur die ganz natürliche Vollendung seines Charakterbildes!"

Saararbeit in Amerika.

Wir haben in unserem Saar-Freund wiederholt mit Genugtuung feststellen dürfen, daß die Aufklärung über das Saargebiet durch ausgewanderte Saardeutsche im Auslande ebenso zielbewußt wie erfolgreich geleistet worden ist. Es ist uns mehr als ein Mal passiert, daß uns Ausschnitte aus Zeitungen des Auslandes übersandt wurden, in denen entweder in eigenen Ausarbeitungen oder in Auszügen oder ganzen Artikeln des Saar-Freund Stellung zur Saarfrage genommen worden ist. Nicht immer ist es uns möglich gewesen, die Quellen festzustellen, durch die dieses Aufklärungsmaterial in dieser außerordentlich verdienstvollen Weise in die Auslandspresse geleitet worden ist. Zwar geht der „Saarfreund" in einigen 100 Exemplaren regelmäßig bestimmten Persönlichkeiten und Stellen des Auslandes zu, ohne daß wir natürlich im einzelnen nachprüfen können, welche Verwendung diese Werbeexemplare im Ausland gefunden haben. In einzelnen Fällen haben wir uns aber davon überzeugen dürfen, daß es Deutsche oder Saarfreunde waren, die das ihnen mit dem Saar-Freund zur Verfügung stehende Aufklärungsmaterial sinngemäß zur Aufklärung verwendet haben.

Einen jener freiwilligen Helfer im Deutschtumskampf an der Saar möchten wir heute unseren Lesern in Bild und Wort vorstellen. Es ist Herr Wilhelm Thomä, ein geborener St. Johanner, der heute bei der großen General-Electric Co. in Schenectady, im Staate New York, als Konstrukteur sein Brot verdient. Herr Thomä wurde am 18. Februar 1857 in St. Johann geboren, wo seine Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits schon seit Generationen gelebt haben. Der Großvater der Mutter Thomäs, namens Lucius, ist Hofschmied des Fürsten von Nassau-Saarbrücken gewesen, der damals in recht guten Vermögensverhältnissen lebte, durch die französische Revolution und die darauf folgenden Napoleonischen Kriege aber völlig verarmte. Auch die Familie Thomä muß schon lange in St. Johann gelebt haben, denn der Großvater Wilhelm Thomäs wurde von Napoleon mit vielen andern aus der Saargegend während des Winterfeldzuges von 1812 nach Rußland verschleppt, wo er von den Russen gefangen genommen wurde, aber bei der ersten Gelegenheit nach seiner Heimat zurückkehrte. Er hieß fortan in seiner Heimatstadt, zum Unterschied von seinem Bruder, der „Russen-Thomä". Aus einem Dokument vom 11. Juli 1815, dessen Faximile dem Saarkalender von 1925 beigelegt war, geht hervor, daß der Großvater Wilhelm Thomäs, Carl Thomä, zu jenen St. Johann-Saarbrücker Bürgern gehörte, die einen Protest gegen die Fremdherrschaft der Franzosen mit der feierlichen Verpflichtung unterschrieben hatte, alle rechtlichen Mittel zur Wiedervereinigung mit Deutschland anzuwenden.

Wilhelm Thomä besuchte in seiner Heimatstadt zunächst drei Jahre die Volksschule, dann bis zu seinem 14. Jahre eine höhere Bürgerschule in St. Johann und anschließend zwei Jahre die Gewerbeschule in Saarbrücken. Er trat dann in die Lehre eines Mechanikers in Saarbrücken und bezog nach Beendigung seiner Lehrzeit zu zweijährigem Studium das Technikum Einbeck in Hannover. Er arbeitete dann praktisch einige Zeit in der Maschinenfabrik von Dingler, Karcher und Co., bis er zum Militär eingezogen wurde, um beim 8. rheinischen Infanterieregiment Nr. 70, das damals in Diedenhofen lag, seiner Dienstpflicht zu genügen. Nach dieser Zeit fand Wilhelm Thomä Anstellung in dem technischen Büro der Gebrüder Röchling in Völklingen, wurde aber bald in den Betrieb als Chef der Adjustage gestellt. Da ihn hier nach seinen eigenen Angaben die Freiheit genommen war, des Sonntags vormittags seine liebe Kirche zu besuchen, so gab er diese Stelle bald wieder auf. Da die wirtschaftliche Lage sich an der Saar so verschlechtert hatte, daß er nirgend eine Anstellung fand, so entschloß er sich schließlich zur Auswanderung nach Amerika, wo er am 1. Juli 1882 in New York landete. Auch hier war er nicht auf Rosen gebettet. Er machte Jahre voller Mühe und Arbeit, Sorgen und Tränen durch, reiste Tausende von Meilen durch das Land und war vorübergehend in den Staaten New York, Illinois, Wisconsin, Florida und Connecticut beschäftigt, bis er schließlich feste Anstellung und Wohnsitz in Schenectady im Staate New York fand.

Während des Weltkrieges hat Wilhelm Thomä unerschrocken für die Wahrheit und das Recht, für Deutschlands Ehre und Deutschlands Ruhm gekämpft. Wo er auf Spuren des alliierten Verleumdungsfeldzuges gegen Deutschland stieß, hat er sich dieser Lügenpropaganda mutig entgegengestellt. Er schrieb eine ganze Anzahl von Briefen an Präsidenten, Staatssekretäre, Professoren, Pastoren, Zeitungen und andere Persönlichkeiten, die der alliierten Verleumdungskampagne unterlegen waren. Daß seine Arbeit um Deutschlands Ehre nicht ganz umsonst gewesen ist, davon durfte sich Herr Thomä selbst mit Genugtuung überzeugen. Allerdings gibt sich Herr Thomä keiner Täuschung darüber hin, daß das Werk der alliierten Lügenpropaganda gegen Deutschland auch in Amerika eine Atmosphäre geschaffen hat, die nur ganz allmählich wieder von aller Verlogenheit und Verleumdung gegen Deutschland gereinigt werden kann. Allerdings wird die Wahrheit über die grenzenlose brutale Beraubung und Zerstückelung unseres armen Vaterlandes allmählich auch das amerikanische Volk erreichen, wie schon jetzt immer deutlicher wird, daß man in Amerika anfängt, das in Zweifel zu ziehen, was von alliierter Seite auch heute noch an Schlechtigkeiten über Deutschland verbreitet wird. In der breiten Masse des amerikanischen Volkes hält man das offiziell über Deutschland in Versailles ausgesprochene „Schuldig an dem Weltkrieg" noch für ein Evangelium. Vielleicht aber läßt man, wie in den andern alliierten Staaten, so auch in dem demokratischen Amerika das längst als unwahr erkannte Diktat über die Alleinschuld Deutschlands nur deshalb als Rechtstraktat bestehen, weil man sich schämt, einzugestehen, daß man einem Verrat, einer Unwahrheit, einer Unehrenhaftigkeit zum Opfer gefallen ist.

Wir vom Saar-Verein haben noch eine besondere Veranlassung, unserem Saarbrücker Landsmann im fernen Amerika, Wilhelm Thomä, zu danken. Er ist nicht nur langjähriger treuer Leser unseres Saar-Freund, nicht nur eifriger Förderer unserer Aufklärungsarbeit in seiner neuen Heimat, sondern war uns ein uneigennütziger Freund in der Zeit schwerster Inflationsnot, wo er uns manchen wertvollen wertbeständigen Beitrag aus Amerika zugehen ließ. Des Mannes, des treuen Heimatfreundes und guten Deutschen an dieser Stelle in Dankbarkeit zu gedenken ist uns daher eine ebenso angenehme wie dringende Pflicht.

Kleine Tageschr.....

Der Saarbrücker Flughafen ohne Luftverkehr.

Im ganzen Saargebiet ist man außerordentlich enttäuscht darüber, daß auch jetzt mit der Wiederaufnahme des deutschen Sommerflugverkehrs die Landung deutscher Verkehrsflugzeuge noch immer nicht möglich ist, weil sich die Saarregierung auch weiterhin weigert, den deutschen Flugzeugen den Einflug in das Saargebiet zu gestatten, obwohl der Saarbrücker Flugplatz betriebsfertig hergerichtet ist. Auch in der Vorstandssitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Frage der Betriebsaufnahme immer noch im ungewissen liege. Der Vorstand ist der Auffassung, daß die etwa noch bestehenden Schwierigkeiten kaum so schwerwiegender Natur sein könnten, daß eine weitere Verzögerung der Verkehrsaufnahme berechtigt und begründet erschiene.

Hinter der Sabotierung der saarländischen Luftverkehrs-Interessen durch die Saarregierung scheint das französische Propagandakomitee für die Luftfahrt zu stehen, dessen Präsident Marschall Lyautey ist, auf dessen Initiative noch im Sommer v. J. eine Abordnung namhafter französischer Luftverkehrsfachleute die Einrichtungen des deutschen Luftverkehrs an Ort und Stelle genau studiert hat. Dieses Komitee entfaltet in Frankreich eine rührige Propaganda für die Schaffung eines innerfranzösischen Liniennetzes und sucht für diesen Zweck vor allem das Interesse der Handelskammern und Städte mobil zu machen. Aus seinen allwöchentlichen Tätigkeitsberichten ist zu entnehmen, daß Ende Januar der Geschäftsführer des Komitees, der General Boucabeille, auch in Saarbrücken weilte und dort wahrscheinlich mit der Regierungskommission im Sinne seiner Pläne Fühlung nahm. Die Linie Paris—Saarbrücken als Bestandteil des innerfranzösischen Luftverkehrsnetzes läge ganz in der Richtung der Politik, die Frankreich im Saargebiet verfolgt.

Aus diesen Zusammenhängen kann man unschwer den Schluß ziehen, daß die Regierungskommission des Saargebiets ihre Zustimmung zum Anschluß Saarbrückens an das Lufthansanetz erst dann geben will, wenn feststeht, daß Paris—Saarbrücken in französischer Regie betrieben wird. Die Interalliierte Rheinlandkommission unterstützt sie in dieser Haltung, indem sie ihrerseits unter dem Vorwand, die Sicherheit der Besatzungstruppen wahren zu müssen, dem deutschen Luftverkehr über das besetzte Gebiet hinweg nach Saarbrücken ebenfalls Hindernisse in den Weg legt. Nur so kann man sich erklären, weshalb das im Mai vor. Jahres beim Abschluß der Pariser Luftfahrtvereinbarungen den Deutschen gegebene Versprechen, für die Flugfreiheit im besetzten Gebiet weitgehende Erleichterungen zu gewähren, bis heute nicht erfüllt worden ist.

Daß die Schuld an der Verzögerung der Aufnahme des deutschen Luftverkehrs mit dem Saargebiet nicht auf deutscher Seite liegt, ergibt sich aus dem am 9. April von der deutschen Lufthansa ausgegebenen Flugplan Sommer 1927. Saarbrücken ist darin mit 4 Linien eingesetzt, die in dem Fahrplan die Streckenbezeichnung 51 (nach Frankfurt a. M.), 52 (nach Karlsruhe, Stuttgart, München), 57 (nach Mannheim) und 88 (nach Trier, Köln-Essen) erhalten haben. Auf allen vier Strecken ist ein täglicher Flugverkehr mit Ab- und Anflug vorgesehen. Die längste Strecke ist die nach München mit 357 Luftkilometern, die nächstlängere nach Essen mit 269, dann nach Mannheim über Kaiserslautern mit 208 und schließlich nach Frankfurt mit 157 Luftkilometer. Nach dem Flugplan würden vormittags drei Kursflugzeuge starten, und zwar um 7 Uhr früh nach Essen mit Zwischenlandungen in Trier (an 7.35 Uhr), in Köln (an 8.55 Uhr), in Düsseldorf (an 9.30 Uhr) mit Ankunft in Essen um 10 Uhr vormittags. Das zweite 8.30 Uhr nach Frankfurt ohne Zwischenlandung mit Ankunft dort 9.50 Uhr, das dritte um 9 Uhr vormittags mit Zwischenlandung 9.55 Uhr in Karlsruhe, 10.40 Uhr in Stuttgart und Ankunft in München 12.35 Uhr. Das Flugzeug nach Mannheim startet 13.35 Uhr mit Zwischenlandung in Kaiserslautern um 14.05 Uhr und Ankunft in Mannheim um 14.45 Uhr.

Die Ankunft des ersten Flugzeuges in Saarbrücken erfolgt 13.50 Uhr aus Mannheim (dort ab 12.40 Uhr), Zwischenlandung in Kaiserslautern um 13.05 Uhr. Als nächstes Flugzeug trifft das Münchener um 17.50 Uhr in Saarbrücken ein (Zwischenlandungen 15.55 Uhr in Stuttgart und 16.40 Uhr in Karlsruhe). 30 Minuten später, 18.20 Uhr, soll das Frankfurter Flugzeug in Saarbrücken eintreffen, das dort 17.00 Uhr startet. Als letztes Flugzeug erreicht das Essener Saarbrücken, und zwar 19.05 Uhr mit Zwischenlandung in Düsseldorf 16.20 Uhr, in Köln 16.55 Uhr und Trier um 18.15 Uhr.

Aus dem Flugplan ergibt sich, daß der Saarbrücker Flugplatz einen verhältnismäßig lebhaften Flugverkehr aufzuweisen haben würde und daß insgesamt vier Flugzeuge auf dem Saarbrücker Flugplatz stationiert sein müßten. Saarbrücken würde außerdem auch von der internationalen Luftverkehrslinie Amsterdam—Rotterdam—Brüssel—Basel berührt werden, ohne daß aber auf dieser Strecke Landungen in Saarbrücken erfolgen sollen. Leider enthalten aber alle auf das Saargebiet bezüglichen Linien in dem Sommerflugplan der Deutschen Lufthansa die Bemerkung: „Betriebseröffnung wird noch bekannt gegeben", weil sich, wie erwähnt, die Saarregierung bis heute noch nicht hat entschließen können, deutschen Flugzeugen die Landung in Saarbrücken zu gestatten, obwohl keinerlei erkennbare Gründe vorhanden sind, die das Verhalten der Saarregierung irgendwie erklären könnten.

*

Saarbrücken. Der Deutsche Saarkriegerbund hielt hier die satzungsgemäße jährliche Hauptversammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache gedachte der 1. Vorsitzende Kam. Hoos-Neunkirchen der im Verlaufe des abgeschlossenen Vereinsjahres verstorbenen Kameraden, insbesondere des verdienstvollen Vorsitzenden des Kreiskriegerverbandes Saarbrücken, Rechtsanwalts Dr. Wenderoth. Sodann trat man in die eigentlichen Verhandlungen ein. Die Anwesenheitsliste ergab die Teilnahme von 97 Kriegervereinen mit 372 Vertretern. Aus dem Jahresbericht ist besonders hervorzuheben, daß der Verband von rund 9000 Mitgliedern bei der Gründung auf über 18 000 Mitglieder angewachsen ist, ein Zeichen dafür, daß die Sache des Kriegervereinswesens im Saargebiet wieder feste Wurzeln gefaßt hat. Einige kleinere Satzungsänderungen, welche vom Preußischen Landes-Kriegerverband im Interesse des Ganzen gewünscht wurden, fanden ohne weitere Aussprache die Genehmigung der Versammlung. Kam. Schulze-Sulzbach berichtete darauf über die Gründung der Saargruppe des Verbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser", worauf der Landesgeschäftsführer dieses Bundes, Kam. Dr. Reckhaus-Essen, über die Ziele und Bestrebungen dieses Bundes einen eingehenden Bericht gab. Es sei für die noch lebenden Opfer des Weltkrieges — etwa 750 000 Kriegsbeschädigte und 350 000 Kriegshinterbliebene — noch sehr viel zu erreichen. Die Wahl des Hauptvorstandes ergab zunächst die einstimmige, mit Beifall aufgenommene Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden, Kam. Hoos-Neunkirchen, sowie der weiteren Vorstandsmitglieder, und zwar der Kam. Schulze-Sulzbach als 2. Vorsitzenden, Herrmann-Ottweiler als 1. Rechner, Lorscheider-Altenwald als 2. Rechner, Gotthold-Neunkirchen als 1. Schriftführer sowie an Stelle des nach links hinübergewechselten Schmidt-Spiesen als 2. Schriftführer Dr. Slizka-Spiesen. Als Beisitzer wurden bestätigt bzw. neugewählt die Kam. Krämer-Merchweiler, Wippermann-Ottweiler, Rennwald-Ottweiler vom Kreiskriegerverband Ottweiler, Felzen-Saarbrücken, Fritzen-Völklingen, Mohr-Saarbrücken, Wolf-Fürstenhausen, Becker-Altenkessel, Jeck-Dudweiler vom Kreiskriegerverband Saarbrücken, Hausen-Saarlouis, Schuh-Saarlouis, Arnold-Saarlouis vom Kreiskriegerverband Saarlouis und Kranz-Merzig, Herrmann-Mettlach, Rudolph-Merzig vom Kreiskriegerverband Merzig. Die neugegründete Saargruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Kyffhäuserbund soll ihre Beisitzer zum Hauptvorstand noch benennen. Kam. Hör-Neunkirchen berichtete über das Fechtwesen, während Kam. Minn-Ottweiler über die Bildung von Jugendgruppen innerhalb der Kriegervereine sprach. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gedachte noch der 1. Vorsitzende des 60. Geburtstages des verdienstvollen Kam. Felzen vom Kreiskriegerverband Saarbrücken, worauf dieser nach kurzen Dankesworten die Stiftung von 1000 Fr. für die Kriegsbeschädigtengruppe bekanntgab. —

Eine Verwaltungsakademie des Saargebietes als Zweiganstalt der Verwaltungsakademie Frankfurt a. M. ist in der Gründung begriffen. Zwei öffentliche Vorträge, in welchen dieses Thema behandelt wird, fanden in der Aula des Reformgymnasiums statt. Es sprachen Staatsminister Dr. Drews, Berlin, über „Probleme der Beamtenbildung" und Studienrat, Dipl.-Ing. Liebmann, Frankfurt a. M., über „Organisation der Verwaltungsakademie".

Völklingen. Die Unsitte junger Burschen, sich in ihrer Freizeit an den bei der Ueberführung der Köllertalbahn lagernden Felsblöcken herumzutreiben und allerlei Unsinn zu verüben, führte zu einem schweren Unfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Von einem Felsblock war ein junger Mann abgerutscht. Er suchte sich festzuhalten, doch wurde der Felsblock

mitgerissen und stürzte in die Tiefe. Unglücklicherweise wurde der unten gerade vorübergehende 11 Jahre alte Karl Lieser aus Wehrden getroffen und auf der Stelle getötet. Dem Jungen wurde der Brustkorb eingedrückt, mehrere Rippen gebrochen und sonstige schwere Verletzungen beigebracht.

Lauterbach. In Karlingen ist der hier wohnhafte Walter Gast von Gendarmen verhaftet worden. In seinem Besitz befanden sich 18 Kilogramm Tabak. Gast wurde nach Metz verbracht.

Brebach. Am 25. März d. J. sind es 20 Jahre, daß nach langjährigen Verhandlungen die Pfarrvikarie Brebach zur Pfarrei erhoben wurde. Damit war damals eine lange Zeit opferfreudiger und selbstloser Arbeit im Dienste der Kirche zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Denn schon 1883 hatte sich in Brebach ein Baukomitee gebildet, das die Erbauung einer Kirche betrieb. Am 1. Mai 1890 konnte der Grundstein zum neuen Gotteshaus gelegt werden; am 22. November 1891 wurde die Kirche eingeweiht. 1895 konnte das neue Pfarrhaus bezogen werden. Der erste Seelsorger war Herr Pfarrvikar Jacobs, dem 1899 Herr Pfarrvikar Lenaz folgte. Der erste Pfarrer war Herr Pastor Müller, jetzt Konviktsdirektor in Trier. Von 1913 bis 1919 wirkte in der Pfarrei Herr Pfarrer Bungarten, jetzt in Malstatt, ihm folgte Herr Pfarrer Hoffmann, der gegenwärtige Seelsorger der Pfarrgemeinde.

Fechingen. Zu Grabe getragen wurde der Landwirt Jakob Tausend von hier im Alter von 81 Jahren. J. Tausend war einer jener Männer, die sich aus innerer Ueberzeugung für die Allgemeinheit einsetzen. Was ihn besonders auszeichnete, war seine heiße Liebe zur Heimat, zu Volk und Vaterland. Für sein deutsches Vaterland einzutreten, war ihm bis zum letzten Atemzug Bedürfnis. Als in den ersten Augusttagen von 1870 die Schlacht bei Spichern geschlagen wurde, war Tausend, er war nicht Mitkämpfer, einer jener, die unerschrocken in die Feuerlinie eilten, um den Soldaten und Verwundeten Erleichterungen zu schaffen und Hilfe zu leisten.

Dudweiler. In der Turnratssitzung des Allgemeinen Turnvereins erstattete der Vorsitzende Bericht über das Ergebnis der Ausschreibung für das Turnerheim auf dem Kitten. Mit dem Bau soll in kürzester Zeit begonnen werden. Die Ausschachtungsarbeiten sind in wenigen Tagen beendet.

Sulzbach. Von der Gemeindeverwaltung war zur Ueberwachung der gemeindetechnischen Betriebe die Stelle eines Maschinentechnikers ausgeschrieben, um die sich nicht weniger als 102 Bewerber bemühten.

Neunkirchen. Im Zuge der Jahnstraße vor dem Steinwald entsteht in kürzester Zeit eine zweite größere Bausiedlung. Diese läuft parallel mit der fertiggestellten und jetzt bewohnten größeren Siedelung vor dem Eingang zur Bliesmühle. Das fertiggestellte Unternehmen ging von der Stadt aus, das neue wird auf Kosten der Regierung ausgeführt. Die neue Bausiedelung wird aus zwei Blocks bestehen von 50 bzw. 35 Meter Länge. Angeblich werden ungefähr 40 neue Wohnungen verfügbar und es sollen in erster Linie Landjäger in Betracht kommen.

Ottweiler. Die katholische Gemeinde Ottweiler feiert am 7. April das 25jährige Bestehen des hiesigen Schwesternhauses. Die Schwestern wohnten vor der Errichtung ihres Heimes in dem Hause Herrengartenstr. 13.

Schwarzenholz. Für das in der Hauptstraße gelegene Wohn- bezw. Geschäftshaus aus dem Nachlaß des verstorbenen Schuhmachermeisters Heckmann, wurde bei der Versteigerung am 4. April der Preis von 13 000 RM. erzielt.

Ensdorf. Das an der Provinzialstraße 149 gelegene Wohnhaus der Eheleute August Rupp von hier ging durch Kauf zum Betrage von 40 000 Fr. in den Besitz der Eheleute Jakob Rode von hier über.

Hilschbach. Die Wirtschaft Linnarz, früher Hermann Büch, Stumpen, wurde von den Erben zum Preise von 32 000 RM. an Fritz Feld von Walpershofen verkauft.

Saarlouis. Der 6. Volksbildungsabend der Deutschen Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar brachte, umrahmt von stimmungsvollen Saarliedern des Männerchors Saarbrücken unter Leitung des Herrn Otto Schrimpf, einen hochinteressanten Vortrag des hochw. Herrn Professor Dr. Irsch-Trier über „Berus, ein Kleinod unserer Saarheimat". Der feinsinnige Kenner heimischer Geschichte und Kunst führte nach einem Bericht der „Saarb. Landesztg." die zahlreiche Zuhörerschaft durch die geologische, geschichtliche und kunsthistorische Entwicklung der Saarheimat und Berus im Besondern. Auf hochragender ins Saartal vorspringender Felszunge, einem Ausläufer des lothringischen Berglandes, entstand hier schon zur Römerzeit eine Siedlung, die später zu Oberlothringen gehörig, zu einer festen Burganlage ausgestaltet und Herrensitz der in den folgenden Jahrhunderten bald dem nahen Stift Wadgassen, bald Kurtrier, bald Nassau-Saarbrücken gehörigen Herrschaft Berus. In den beiden letzten Jahrhunderten vor der Einverleibung in Preußen regierten hier als Trierer Vasallen die Metternichs. Eines der ältesten Heiligtümer des Saargebietes ist die Kapelle von Sankt Oranna auf der Höhe hinter Berus, die der hl. Oranna, nach der Legende Schweter des hl. Wendalinus im 6. Jahrhundert ihre Entstehung verdankt, und ein Ausgangspunkt und Zentrum christlicher Kultur im Saargau war. An der Hand zahlreicher von Herrn Wentz (Städt. Lichtbildstelle Saarbrücken) aufgenommener Lichtbilder veranschaulichte der Redner die Entwicklung der Baukunst und Plastik in Berus von der Epoche des romanischen Kapitäls und Rundbogens über die Gotik, Renaissance und Barock (das besonders reich in schönen Schöpfungen vertreten ist) bis ins stillose 19. Jahrhundert. Aus den noch vorhandenen Resten der Burg rekonstruierte er diese in interessantem Vergleich mit dem Schloß von Ottweiler und zeigte auch sonst an vorhandenen Resten von Profanbauten und Kirche, an Ornamenten und Plastiken, wie in dem heute unscheinbaren Dörfchen einst eine reiche, deutschbürgerliche Kultur und Kunst in engem Rahmen zwar, aber von eigenartigem bodenständigen Gepräge blühte.

Saarlouis-Roden. Das der Witwe Johann Paul hierselbst gehörende, Saarwellinger Straße 12, belegene Wohnhaus mit Hofraum, Stall und Hausgarten ging im Wege der Zwangsversteigerung an den Hüttenarbeiter Johann Maiwurm von hier zum Preise von 11 000 Fr. über; außerdem muß eine Hypothek von 10 000 Papiermark mitübernommen werden.

Blieskastel. Die Stadt will dieses Jahr alle Blieskasteler heimrufen, um in der lieben alten Heimat allgemeines Wiedersehen zu feiern. Wir sind uns gewiß, daß alle Blieskasteler, mögen sie auch in alle Welt zerstreut sein, ihrer Vaterstadt die Heimattreue bewahrt haben. Mit Stolz und Freude soll sich unser altehrwürdiges Städtchen der Treue seiner Söhne rühmen. Auch liebe Freunde und Bekannte, die längere Jahre hier gewirkt oder ihre Studienzeit an der hiesigen Latein- oder Präparandenschule verbracht haben, dürfen bei der Heimattagung nicht fehlen. Vielen von ihnen wird das traute Bliesstädtchen noch in angenehmer Erinnerung sein. Blieskastel mit seiner reichen geschichtlichen Vergangenheit, seinen anheimelnden Straßen und Plätzen, seinen interessanten Baudenkmälern und seiner reizvollen Umgebung ist ja wie kaum ein anderer Ort dazu geschaffen, den Rahmen für ein solches Fest abzugeben. Der Blieskasteler Heimattag wird voraussichtlich am 16. 17. und 18. Juli dieses Jahres stattfinden. Um einen Ueberblick zu bekommen, mit welcher Beteiligung an dieser Heimattagung zu rechnen ist, wäre rechtzeitig eine Mitteilung aller Teilnehmer an den Bürgermeister erwünscht.

Mittelbexbach. Nach ihrer baulichen und malerischen Neugestaltung ist die hiesige Kirche in feierlichem Gottesdienst ihrer Bestimmung wieder übergeben worden. Die Kirche dürfte in ihrer jetzigen Gestalt zu den Gebäuden gehören, an denen der Wanderer nicht vorübergehen sollte, ohne sie gesehen zu haben.

Personalnachrichten.

Geh. Sanitätsrat Dr. Albrecht Mertz beging am 12. April seinen 70. Geburtstag. Am 1. August 1923 schied Geheimrat Mertz aus dem Amt eines Leiters des Bürgerhospitals, nachdem er seit 1911 in dieser Stellung gewesen. Gleichzeitig war er Chefarzt der Abteilung für innere Krankheiten, und zwar hatte er diese Stellung seit Anfang der 90er Jahre inne. Der Jubilar ist ein St. Johanner Kind. Er hat in Straßburg (Schüler von Kußmaul) und Berlin studiert. Mitte der achtziger Jahre ließ er sich, nach kurzer Berufsausübung auswärts, als praktischer Arzt in seiner Heimatstadt nieder. Aber auch, nachdem er durch das Vertrauen seiner Mitbürger in die bedeutende Amtsstellung gekommen war, übte er als einer, dem Beruf Leben ist, soweit es ihm möglich war, noch eine ausgedehnte private Praxis aus. Hochgeachtet in den Fachkreisen, verehrt vor allem von den jüngeren Aerzten, denen er immer der kollegiale Freund war, ist er in schwierigen Fällen sehr oft auch von auswärts als Konsiliarius hinzugezogen worden, und zwar auch in Orten außerhalb unserer engeren Heimat. Und zu alledem hat er sich die Mühe nicht verdrießen lassen, auch noch lange Jahre als Armenarzt zu wirken. Dr. Mertz war mehrere Jahre Vorsitzender des hiesigen Aerztevereins, dessen Ehrenmitglied er heute ist. Doch nicht nur diejenigen vom Fach wissen in ihm den Hochbefähigten zu würdigen, ein großer Kreis von Freunden schätzt in ihm eine Persönlichkeit von überragendem Geist und dazu von lauterstem Charakter, und last not least, den echten, kernigen deutschen Mann, dem die Not seines Vaterlandes wie allen Treuen und Wahren ein tiefes Mal in die Seele gegraben.

Ihren 95. Geburtstag feiert am 12. April eine alte Saarbrückerin. Sie ist am 12. April 1832 in Saarbrücken im Ammonsgäßchen als die Tochter des Steuerbeamten Bender geboren. Sie wor verheiratet mit dem aus Hassel gebürtigen Schreiner Christian Keßler. Aus dieser Ehe entsprossen zehn Kinder, fünf Söhne und fünf Töchter, die noch alle am Leben sind. Mutter und Kinder sind zusammen 729 Jahre alt. Frau Keßler ist bis jetzt 46 mal Großmutter und 58 mal Ur-

großmutter. Der älteste Urenkel ist jetzt im 26. Lebensjahr. Männer und Frauen der Kinder und Kindeskinder eingerechnet beträgt die Lebenszahl der Familie jetzt genau 150 Personen. Die Mutter wohnt bei der jüngsten Tochter in Güdingen-Biehl, wo sie ihren Lebensabend geistig vollkommen frisch verbringt.

Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum konnte am 9. April der Sandformer Philipp Tausend in Bischmisheim feiern, der während dieser Zeit auf der Halberger Hütte beschäftigt war. Als der Jubilar ahnungslos zur Arbeitsstelle kam, war diese in festliches Gewand gehüllt. Schon von weitem leuchtete ihm die Jubiläumszahl 50, aus elektrischen Lampen hergestellt, entgegen. Die Arbeitsgeräte waren mit geschmückt und darauf lagen allerlei schöne Geschenke der Belegschaft. Nachdem letztere dem Jubilar die Glückwünsche überbracht hatte, würdigte Betriebsleiter Lennemann die Treue des alten Tausend und überreichte dem Arbeits-Veteranen ebenfalls ein Geschenk. Dem treuen Manne auch unseren Glückwunsch.

Auf ein 50jähriges Sängerjubiläum konnte der älteste Sänger der Mettlacher „Liedertafel", Heinrich Leinen in Mettlach zurückblicken. Der Verein veranstaltete aus diesem Anlaß einen Festabend, um seinen treuen alten Sangesbruder zu ehren. Im Auftrage des Saar-Sängerbundes überbrachte der Gauvorsitzende die herzlichsten Glückwünsche und überreichte Leinen die goldene Ehrennadel und den Ehrenbrief des Deutschen Sängerbundes.

Zu Rentmeistern ernannt wurden Gemeindeobersekretär Ries und Gemeindesekretär Rink in Aßweiler.

Auf eine 25jährige reiche Arbeit im Ordensdienst konnte die in allen Kreisen bekannte und geschätzte, im katholischen Schwesternhaus Friedrichsthal tätige Schwester Rufina zurückblicken. Sie war als eine der ersten Schwestern nach Friedrichsthal berufen und hat sich durch ihr freundliches Wesen die Liebe und Hochachtung der Mitbürger erworben.

Zum Direktor der Saarlouiser landwirtschaftlichen Winterschule wurde an Stelle des bisherigen Leiters der Schule, Diplomlandwirt Hein der bisherige zweite Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer, Landwirtschaftslehrer Dorr aus Völklingen, berufen. Auch der zweite Lehrer der Anstalt, Diplomlandwirt Lerner, wird diese zwecks Vollendung seiner Hochschulstudien verlassen. Dessen Stelle wird den Sommer über nicht besetzt werden.

Vom „Bund der Saarvereine".

Große Saarkundgebung in Stuttgart.

§ Die Württembergische Saarvereinigung Sitz Stuttgart, Landesgruppe des Bundes der Saarvereine, veranstaltete am Donnerstag, dem 7. April d. J., im großen Saal des Gustav-Siegle-Hauses eine große Saarkundgebung. Unter den vielen Anwesenden befand sich der Vertreter des Staatspräsidenten, Ministerialrat Köstlin, ferner Staatspräsident a. D. Hieber, Staatsrat Hegelmaier, der Justizminister Beyerle, Finanzminister Dr. Dehlinger, Oberregierungsrat Adae und General v. Maur. Die Stuttgarter Tageszeitungen haben über diese Kundgebung eingehende Berichte gebracht, wodurch dieselbe im Interesse der vom Bund der Saarvereine wahrgenommenen vaterländischen Bestrebungen eine sehr wertvolle Nachwirkung erhalten hat. Das „Stuttgarter Neue Tageblatt" berichtet über diese Saarkundgebung u. a. wie folgt:

Im Auftrag der Württembergischen Saarvereinigung begrüßte ihr Vorsitzender Herr Julius Schellenberger die Erschienenen. Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling-Saarbrücken betrat, von starkem Beifall begrüßt, darauf als erster Redner des Abends das Podium, um über die wirtschaftliche und politische Lage des Saargebiets zu sprechen. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Die wirtschaftliche Lage des Saargebiets ist so eng verbunden mit der Politik, daß man sich nicht mit dem einen beschäftigen kann, ohne des anderen Erwähnung zu tun. Keines der beiden Gebiete hat das Primat. Beide sind gleichberechtigt. Die Franzosen haben es immer versucht, durch die Politik die Wirtschaft zu erobern und dann die Wirtschaft zu benützen, um die Politik zu machen. Die Klauseln des Versailler Vertrags über das Saargebiet sind dafür der beste Beweis. Durch die Ueberschreibung der Grubenerträge an Frankreich konnte eine deutsche Vormachtstellung im Saargebiet nicht mehr bestehen. Deshalb schuf man ein staatliches Zwischending. Wie hat sich die Entwicklung des Landes nun weiter vollzogen? Die Franzosen versuchten und erreichten dank einer mit fabelhafter Rücksichtslosigkeit durchgeführten Erpresserpolitik, daß sie rund 90 Prozent der gesamten Wirtschaft in ihre Hände bekamen. Sie eigneten sich das Kapital und die Wirtschaft an und glaubten damit die Massen unter ihre Macht zu bekommen. Aber fast alles, was neu geschaffen wurde, zeugt von einer unglaublichen Rückständigkeit und mangelnden Weitsicht. Die Saar ist dem französischen Zollgebiet einverleibt, man hängte ihr den französischen Franken auf in der Absicht, damit die Menschen und ihre Gesinnung zu ändern. Die Torheit der Zolleingliederung hat sich gerächt. Als im Jahre 1921 Deutschland für die Saarwaren infolge der Inflation nicht mehr aufnahmefähig war, machten sich die Mißstände deutlich bemerkbar. Da erst stellte es sich heraus, wie sehr die Industrie auf Absatz nach Deutschland angewiesen war. Knapp ein Drittel aller Hochöfen war noch im Betrieb, ein Zeichen, wie eng Gedeih und Verderb der Saar mit der Wirtschaft Deutschlands verbunden ist. Seit dem 10. Januar 1925 hat die zollfreie Einfuhr, die fünf Jahre lang — nach dem von Bismarck 1871 für Elsaß-Lothringen angewandten System — bestand, ein Ende gefunden. Auf Bitten der Industrie des Saargebiets stundete Deutschland die Zölle. Die Forderung des Deutschen Reiches wuchs aber von Monat zu Monat und ebenso fiel der Franken. Da auf einmal verlangte Frankreich zollfreie Ausfuhr für eine große Anzahl von Waren aus dem Saargebiet und dagegen Tilgung der Zollschuld. Hier wurde zum ersten Male eine, wenn auch indirekte Aenderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages erreicht. Eine weitere Entwicklung ist vom deutsch-französischen Handelsausgleich zu erwarten, dem aber die neuesten französischen Zolltarife noch entgegenstehen. Die staatliche Saarkohle hat nicht immer Absatz, so daß der französische Staat manchmal betteln gehen muß, daß deutsche Eisenbahnen und Gaswerke die Saarkohle abnehmen. Ein derartiges Wirtschaftsgebiet, das von fremdem Nationalismus beherrscht wird, kommt immer mehr zurück. Die Franzosen versuchen gleichzeitig, das Volk auszusaugen und es zu gewinnen, eine Methode, die niemals zu einem Erfolg führen kann. Ein derartig abgetrenntes Gebiet des deutschen Volkes kann aber nur leben, wenn es sich des Rückhaltes im großen Vaterland bewußt ist. Ob man von oben nach unten geht, oder von unten nach oben, alle Klassen sind sich gleich in der Treue gegen das deutsche Vaterland. Das ist eine Belohnung für die weitsichtige Politik des preußischen und bayerischen Staates in früheren Jahren. Das Vertrauen zum deutschen Volk war an der Saar immer unerschütterlich, selbst in den Zeiten der größten Inflation. Ein wichtiger Faktor für die Haltung des Saargebietes ist die innere Ordnung und Einigung des Reiches. Wenn das deutsche Volk uneinig würde, so wären die Aeste, die über die Grenzen ragen, die ersten, die verdorren würden. Wir schulden dem Saarverein großen Dank, weil er durch die Zusammenfassung der Massen eine große Stütze für uns bietet. Langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, der schon zu wiederholten Malen in Stuttgart sprach, nahm als zweiter Redner zu nachstehenden Ausführungen das Wort: Nach 1918 regte Frankreich zuerst die Einverleibung der Saar in den französischen Staat an, mußte sich aber auf Wilsons Einspruch mit dem jetzigen Zustand begnügen. Diese Regelung wurde in vielen Fällen unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker willkürlich geändert. Die Saarbevölkerung lehnt eine Zustimmung zu der Regelung von Versailles eindeutig ab. Fünfzehn Jahre Fremdherrschaft ist eine Einrichtung, die sich mit dem Selbstbestimmungsrecht in keiner Weise vereinbaren läßt. Aber die Diktatoren von Versailles haben nicht nur dieses Selbstbestimmungsrecht verletzt, sondern sie haben sich auch selbst Lügen gestraft. Die Rechte der Bevölkerung sollten in keiner Weise beeinträchtigt werden. Trotzdem darf die Saarbevölkerung weder zum Reichstag, noch zum Landtag wählen. Auch ist ihr eine Mitwirkung an ihrer eigenen Gesetzgebung und Regierung vorenthalten. Die Vertreter des Volkes werden nur als Gutachter gehört, ohne irgendeine beschlußfähige Handlung vornehmen zu können. Auf die Regierungsgewalt, die beim Völkerbundsrat liegt, und auf Zusammensetzung der Regierung hat die Saar keinen Einfluß. Wie stellt sich nun die Bevölkerung zu dieser Vergewaltigung und Entrechtung? An tätlichen Widerstand war nicht zu denken. Es gab nur die Wahl zwischen passivem Widerstand und restloser Anerkennung. Die berufenen Führer des Saarvolkes haben Stellen im Versailler Vertrag gefunden, die Handhaben zu Aenderungen der bestehenden Ordnung boten. Sie sahen es als ihre vaterländische Pflicht an, diese letzten Rechte zu verteidigen. Dies konnte aber nur bei tätiger Mitarbeit am Staatswesen erreicht werden. Sie protestierten feierlich gegen die Vergewaltigung und haben sich auf dieser Grundlage zu einer Mitarbeit am Staatsgefüge bereit erklärt. Die Entwicklung hat gelehrt, daß sie den rechten Weg gegangen sind. Das mutige und offene Bekenntnis des Saarvolkes läßt es jeden, auch den Franzosen, erkennen, daß es nur eine Möglichkeit für den Ausfall der kommenden Volksabstimmung gibt. Sie wird einen überwältigenden Sieg Deutschlands und eine Blamage für Frankreich bringen. Es wird ein Sieg der Idee über die Gewalt, der Vaterlandsliebe über das

Bajonett sein. Darauf führte der Referent einzelne markante Etappen aus dem Kampf der Saarbevölkerung für ihre Freiheit auf. Trotzdem das Saarstatut nur eine örtliche Gendarmerie vorsieht, wird von Frankreich ein größeres Militärkontingent dort unterhalten. Dies ist eine offensichtliche Verletzung des Versailler Vertrages. Selbst die Belassung des „internationalen" Bahnschutzes, der in Genf beschlossen wurde, ist vertragswidrig. Trotzdem darf diese Aenderung, die nur dem zähen Bohren der Bevölkerung zuzuschreiben ist, als ein kleiner Fortschritt angesprochen werden. Durch Verordnungen suchten die Machthaber die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, doch als eine besonders knebelnde „Notverordnung" herauskam, wurde es selbst dem Völkerbund zu toll, so daß sie wieder verschwinden mußte. Eine weitere Etappe des Fortschrits ist die Zusammensetzung der Regierungskommission. Der erste französische Präsident mußte auf die immer erneuten Proteste hin dem Kanadier Steffens weichen. Wenn man den heutigen Zustand mit dem vor sechs Jahren vergleicht, so ist doch in vielem eine Besserung erreicht worden. Ein großer Fortschritt für das Saargebiet ist auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dadurch hat die Saarbevölkerung beim Völkerbundsrat einen Anwalt, der ihre Interessen wahren kann und will. Wir wollen hoffen, daß dieser Fortschritt auch seine Folgen für das Saargebiet zeitigt. Jede Gefahr für die deutsche Zukunft ist noch nicht beseitigt. Noch immer gebietet an der Saar eine Regierung, über die die Bevölkerung nicht gefragt wurde und die sie nicht haben will. Noch immer wird es der französische Nachbar in seinem Machtgelüste versuchen, das ganze Kohlengebiet zu verschlucken. — Die klaren Ausführungen des Redners fanden den starken Beifall des gutbesetzten Saales. Zum Schluß dankte der Vorsitzende, Herr Schellenberger, den beiden Rednern und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo rein deutsches Land wieder dem großen Vaterland zurückgegeben wird.

§ **Die Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saar-Vereine** veranstaltete am 30. März in dem Rittersaal der städtischen Tonhalle einen Kundgebungsabend für das bedrohte Saargebiet. Schon mehrere Tage vorher kündeten eindrucksvolle Plakate an allen Punkten der Stadt und der Vororte diese für uns so äußerst bedeutungsvolle Veranstaltung an. Der Beginn der Veranstaltung war auf 8 Uhr angesetzt, aber schon lange vorher war der Saal besetzt. Kurz nach 8 Uhr mußte der Saal auf Anordnung der Polizei geschlossen werden, da der große Raum bereits überfüllt war. Viele Hunderte mußten zu ihrem tiefsten Bedauern wieder umkehren. Ein herzerhebendes Zeichen dafür, mit wieviel warmem Interesse die rheinische Bevölkerung dem Schicksal unserer über alles geliebten Heimat gegenübersteht. Der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Kill, eröffnete die Kundgebung mit einer herzlichen Begrüßungsansprache, in der er aller Anwesenden gedachte und ihnen dankte für ihr Erscheinen. Ganz besonders dankte Herr Dr. Kill den Spitzen der Behörden, der Verwaltungen und der Industrie, die zum größten Teile persönlich erschienen waren, und nicht zuletzt gedachte er der Mitwirkenden, die in uneigennütziger Weise sich für die Kundgebung einsetzten, und denen es unbedingt zu danken ist, daß sich die Kundgebung derart machtvoll gestaltete. Herr Archivdirektor Dr. Wentzke gab einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung des Saargebiets. In seiner Rede betonte Herr Dr. Wentzke ganz besonders den urdeutschen Charakter, den sich das Saargebiet bewahrt habe, auch in Zeiten größter Not und Bedrängnis durch die Franzosen, die von jeher das Bestreben hatten und noch heute haben, die Saarlande ihrer Bodenschätze und ihrer Industrie wegen zu besitzen. Als zweiter Redner trat Herr Dr. Schlenker auf, der lange Jahre als Syndikus der Handelskammer zu Saarbrücken im Saargebiet tätig war und daher unsere Heimat, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft genau studiert hat, was in seiner Rede deutlich zum Ausdruck kam. In scharfen Rissen zeichnete er die wirtschaftliche Lage des Saargebietes und betonte die große Bedeutung der Saarwirtschaft für Deutschland. Herr Dr. Schlenker kam auf die große Saarlüge von Clemenceau zu sprechen, die eigentlich die Saarfrage erst ins Rollen brachte. Dieser Mann hat am 28. März 1919 auf der Pariser Konferenz der Alliierten die Behauptung aufgestellt, daß im Saargebiet mindestens 150000 Menschen französischer Nation ansässig wären. Tatsache sei die, daß im Saargebiet bis zum Einzug der Franzosen noch keine 10 Franzosen lebten — nicht, wie durch einen Druckfehler in der vorigen Nummer zu lesen war, 10 000 —. Durch die ungeheuerliche politische Lüge habe es Clemenceau zuwege gebracht, daß Wilson sich umstimmen ließ, und daß das Saargebiet auf viele Jahre hinaus von der Mutter Deutschland losgerissen und die 750 000 zählende Saarbevölkerung einer vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission unterstellt wurde. Hiermit war das Saargebiet französischer Willkür preisgegeben, da Frankreich in dieser Regierungskommission bestimmend ist. Tiefmitfühlend gedachte auch Herr Dr. Schlenker der unendlich großen seelischen Leiden, die die Bevölkerung des Saargebietes in den schweren Zeiten des jahrelangen Luftkrieges durchleben mußte. Tagsüber und besonders in der Nacht bombardierten feindliche Flugzeug-Geschwader nicht nur die mit Kriegsmaterialherstellung beschäftigten Werke, sondern auch offene Dörfer und Städte litten furchtbar unter dem wahnsinnigen Rachegeist. Außer diesen Leiden und außer den quälenden Sorgen um die Lieben, die da draußen im schweren, blutigen Kampfe gegen die ganze Welt standen, trat noch die Not und Sorge um das tägliche Brot hinzu. Das Saargebiet war behördlich als Grenzgebiet von landwirtschaftlichen Distrikten abgeschlossen, was zur Folge hatte, daß das Saargebiet schwer unter Lebensmittelmangel litt. Als dritter Redner trat ein geborener Saarländer, ein echtes Kind seiner treudeutschen Heimat, Herr Pfarrer Rosch, aus Andernach, auf. Herr Pfarrer Rosch ist, wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, ein geborenes St. Johanner Kind und war lange Jahre in dem Saargebiet als Seelenhirt tätig. Er ist bekannt als ein Mann von echtem Schrot und Korn. Seine Liebe zur Heimat und zum großen deutschen Vaterlande stehen ihm über allem, und war seine Rede daher getragen von glühend heißer Heimatliebe und tiefem deutschen Empfinden. Er schilderte die Naturschönheiten unserer Saarheimat und die Gesinnung der prachtvollen Menschen, die dort daheim sind. Er bat das deutsche Volk, sich nicht im Parteihader zu zersplittern, sondern eng zusammenzustehen, um Deutschland wieder aus der Ohnmacht herausreißen zu helfen. Nur ein einiges, starkes Vaterland wird in der Lage sein, auch den Grenzlanden und mithin auch unserer Heimat helfen zu können. Sein heißester Wunsch war, daß wieder Ruhe und Friede einziehe in dem von uns über alles geliebten Lande. So schön sagte Herr Pfarrer Rosch: „Was heißt Heimat?" Heimat bedeutet nicht nur der Ort, wo deine Wiege stand, wo dein Vaterhaus steht und du traute Heimatklänge hörst, Heimat bedeutet der Ort, wo du Ruhe und Frieden findest, wo man sich von Herzen freut, wenn du wiederkehrst aus der Fremde. Zu dem guten Gelingen des Abends trugen außerdem noch der Düsseldorfer Lehrergesangverein bei, der mit seinen mächtigen und vollendet vorgetragenen Chören, von dem besonders der Chor „Ruf an St. Raphael" von A. v. Othegraven hervorzuheben ist. Herr Schauspieler Karl Eberhard, Düsseldorf, rezitierte mit machtvoller und wuchtiger Stimme. Alle Zuhörer riß er mit sich fort. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die schönen und mit warmem, tiefem Empfinden vorgetragenen Lieder von Fräulein Mathilde Petri, die es sich nicht hat nehmen lassen, aus ihrer fernen Heimat Püttlingen-Saar nach Düsseldorf zu kommen, um uns zu helfen, den Abend einem guten Gelingen entgegenzuführen, was ihr auch unbedingt geglückt ist. Zum Schlusse der Kundgebung erklang das Lied „Deutschland, Deutschland über alles", das von allen Anwesenden machtvoll und mit heller Begeisterung aufgenommen wurde.

Eine Saarkundgebung in Cöthen

fand gelegentlich der Bismarck-Geburtstagsfeier der Cöthener vaterländischen Verbände am Mittwoch, den 30. März, in erhebender Weise statt. Dem Bericht der „Cöthenschen Zeitung" über diese Saarkundgebung entnehmen wir folgendes:

Die Liedervorträge des Männergesangvereins und die Gedichtvorträge W. Thormeyers ernteten reichen und wohlverdienten Beifall, ein besonderer Genuß war das Spiel R. Altendorfs auf seinem Cello, was ja auch der Beifall zeigte. Die knappe, feindurchdachte Ansprache des Chefredakteurs Liedtke „Zu Bismarcks Gedächtnis" gab den Gedanken bald Richtung und Ziel. Er betonte, daß der Abend als Feierstunde gedacht ist, nicht als Unterhaltungsabend. Der Große und seine Taten sollten an uns vorüberziehen, damit wir Kraft schöpfen, Widerstand zu leisten, um dem Vaterlande die Freiheit zurückzugewinnen. Nicht das Trennende der Verbände soll dabei betont werden, sondern das Einende, damit die eine Tat vollbracht werde, die deutsche Seele zu wecken. Treue, Ehrlichkeit, Pflichterfüllung und Gottvertrauen sind die Fundamente der Kraft. Für manchen Volksgenossen ist manches davon untergepflügt. Wir erfüllen erst dann Bismarcks Willen, wenn wir unsere Kräfte bis zur Erschöpfung dem Vaterlande weihen. Daß der Redner damit den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies ihm die ungeteilte Zustimmung. Der Festredner, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, sprach über „Deutsche Treue in schwerster Zeit an der deutschen Saar". Die Ausführungen, die ja ein herrliches Lied deutscher Treue waren, hätte man auch überschreiben können „Das kerndeutsche Saarvolk unter der Fremdherrschaft". Ich will vorausschicken, daß die Ausführungen in keiner Weise den Boden der Tatsachen verließen. Der Abschied von den letzten Feldgrauen, die aus Frankreich nach Deutschland marschierten, war ganz so, wie Redner ihn schilderte. Die hellen Tränen liefen ihnen allen über die Wangen, als sie mit kleinen Liebesgaben den Feldgrauen für ihre Tapferkeit und Treue noch einmal danken wollten, ehe die verhaßten Franzosen einrückten. Sie schüttelten traurig den Kopf, als die Feldgrauen versicherten, wir kommen wieder. Aber es war ihnen wohl ein

Trost, daß diese Feldgrauen sie nicht vergessen würden. Was Redner von der Treue der Elsässer sagte, werden die Feldgrauen ihm gern bestätigen. Die Französlinge sind Landfremde, keine deutschblütigen Elsässer. Vogel zeigte aus der Geschichte, daß das Saarvolk kerndeutsch war. Aber Frankreich hat seit 1000 Jahren das Ziel, den Rhein zum Grenzfluß zu machen. Viele Städte mit ehemals deutschen Namen tragen heute französische. Bei der Grenzbildung waren die geologischen Karten maßgebend, das Streichen der Kohlenflötze. An denen will sich Frankreich erholen. Es treibt unsagbaren Raubbau, damit Deutschland nach Ablauf der 15 Jahre möglichst geschädigt wird. Aber selbst die plumpen und feinen Geschichtsfälschungen, die Saarlüge voran, nach der angeblich 150 000 Saarländer Franzosen sein wollten, sind entlarvt. Wenn trotzdem der famose Völkerbund nichts dagegen tut, so muß auch der Dümmste einsehen, daß hier Machtfragen ausgetragen werden, und die Redewendungen vom Selbstbestimmungsrecht Phrasen sind, ersonnen, um den Dummen Sand in die Augen zu streuen. Wie die Franzosen sich aufführen, wie sie alle Machtmittel versuchen, List, Tücke und Gemeinheit anwenden, das alles rollte er auf. Je größer die Not, je fester das Bekenntnis zum Deutschtum. Die französischen Schulen sind wieder leer, ein Verdienst der katholischen und der evangelischen Geistlichen, die fest zum deutschen Volkstum stehen. So gibt es unter 700 000 Saarländern keine 10 Franzosen Darum wollen sie nicht einen Quadratmeter an die Franzosen zur Grenzberichtigung abtreten. Deutschland, das seine Machtmittel zerschlug, sein Heer und seine Marine, steht tatenlos da und kann nicht helfen. Aber die Saarländer werden ihre schöne Heimat nicht französisch werden lassen. Und ein Tag der Erlösung schlägt auch ihnen. Ob wir ihn erleben, weiß keiner. Erfüllen wir uns mit Bismarcks Geist, so werden wir auch einst alle als freie Deutsche auf freiem deutschen Boden wohnen.

§ Saarkundgebung in Flensburg.

Der „Schleswig-Holsteiner Bund" und der „Heimatbund für Rheinländer und Westfalen" in Flensburg veranstaltete am Dienstag, den 5. April, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Neuen Harmonie" eine erhebende Saarkundgebung, die sich einer recht guten Beteiligung seitens der Flensburger Bevölkerung zu erfreuen hatte. Nach Worten herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des „Schleswig-Holsteiner Bundes", Dr. Thomsen und dem Vorspruch „Deutsche Ostern an der Saar" von Albert Zühlke, hielt Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin einen packenden Vortrag über „Deutsche Treue im deutschen Saargebiet". Den interessanten Ausführungen folgten die zahlreichen Zuhörer mit sichtlichem Interesse. Am Schlusse des über einstündigen Vortrages dankten die Zuhörer in begeisterter Weise. In der Einleitung betonte der Vortragende, wie die schwerbedrängte Saarbevölkerung sich den Glauben an das deutsche Vaterland erhalten habe und wie alle Versuche der Franzosen, dieses treudeutsche Saarvolk vom Vaterlande zu trennen, fehlgeschlagen seien. Heute weiß die ganze Welt, von welcher treuen vaterländischen Liebe die Saarbevölkerung beseelt ist und wie alle von den Franzosen gegen diese deutsche Treue getroffenen Maßnahmen an dem gesunden treudeutschen Menschenverstande gescheitert sind. Redner lieferte dann auf Grund geschichtlichen Materials den Nachweis, daß Frankreich auch nicht die geringsten historischen Ansprüche auf das Saargebiet erheben könne. Dagegen bestehe die Tatsache, daß das Saargebiet seines Kohlenreichtums wegen immer das Ziel französischer Raubgier gewesen sei. Immer und immer wieder kann aus der Geschichte nachgewiesen werden, daß Frankreich wiederholt den Versuch gemacht habe, das Saargebiet einzuverleiben, zuletzt nach der französischen Revolution 1793 sei das Saargebiet mit Gewalt annektiert worden und 22 Jahre lang Frankreich einverleibt gewesen. In dieser Zeit habe aber die Bevölkerung nicht geruht und gerastet bis die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande Preußen erreicht worden war. Selbst im Jahre 1866 sei die Gefahr einer nochmaligen französischen Annektion bedenklich nahegerückt gewesen. Die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Oesterreich wollte Napoleon benutzen, um im Saargebiet und in der Pfalz von neuem die französische Herrschaft auszurichten. Das sollte der Preis dafür sein, daß Frankreich in dem bevorstehenden Kriege neutral bleiben würde. In einer mündlichen Besprechung in Paris mit dem preußischen Botschafter v. d. Goltz deutet Napoleon an, daß er, falls Preußen gestärkt aus dem Kriege hervorgehe, für Frankreich mindestens die Grenze von 1814 wiederhaben müsse, also das Saargebiet und die Pfalz einschließlich der Festung Landau. Die äußerst geschickte diplomatische Kunst Bismarcks verstand es, solchen Absichten solange auszuweichen, bis sie ohne Gefahr offen abgelehnt werden konnten. Als die Entscheidung bei Königgrätz gefallen war, war über diese französischen Angliederungspläne der Stab gebrochen. Jedoch die eigentliche Absicht auf das Saargebiet und die Pfalz war trotzdem nicht aufgegeben. Schon bald darauf am 18. August 1866 wiederholte Benedetti im Auftrage Napoleons die Aufforderung auf Wiederherstellung der Grenze von 1814. Die ganze Aktion Frankreichs 1866 war im Grunde nichts anderes als ein Erpressungsversuch, den man Kompensation nannte. Es war dies ein Schlagwort reinster Machtpolitik. Indessen Bismarck einigte sich jetzt rasch mit den Süddeutschen zu einem Schutz- und Trutzbündnis und konnte so ohne Bedenken zum zweiten Male die Forderung Benedettis zurückweisen. — Es wäre wohl zu befürchten gewesen, daß die französischen Absichten auf das Saargebiet auch nach dem Kriege 1870/71 wieder hervorgetreten und verwirklicht worden wären, wenn der Krieg damals einen anderen Ausgang genommen hätte. So aber mußte Frankreich seine Annexionsgelüste bis zum Ende des Weltkrieges zurückstellen. Hätte Frankreich im Frühjahr 1919 allein zu bestimmen gehabt, so wäre dem Saargebiet die gleiche Annexion beschieden gewesen, wie Elsaß und Lothringen und 90 Prozent deutsches Stammland und dutsches Sprachgebiet nur deshalb vom Deutschen Reich zum zweiten Male losgetrennt worden, weil es schon einmal der gallische Adler in seinen Fängen gehabt hat. — Im übrigen entnehmen wir den „Flensburger Nachrichten" über den Verlauf der Saarkundgebung folgendes: Das Saargebiet ist bekanntlich den Franzosen überantwortet. Eine Volksabstimmung wurde nach 15jähriger Besetzung, im Jahre 1935, vorgesehen, weil die Feinde glaubten, die Französierung des Gebietes würde alsdann soweit vorgeschritten sein, daß es den Franzosen auf Grund des „Selbstbestimmungsrechts" wenigstens mit einem Schein von Recht als reife Beute zufallen werde. Man sieht also, es wurde zwar umgekehrt wie in Nordschleswig, wo unter dem Druck französischer Bajonette sofort abgestimmt wurde, aber ebenso ausgeklügelt gemacht. Die Franzosen haben sich bitter getäuscht; das Saargebiet ist trotz der Unterdrückung alles Deutschen kerndeutsch geblieben und hat das bei den bisher dort vorgenommenen Wahlen deutlich bewiesen, bei denen 99 Prozent deutsche Stimmen abgegeben wurden. Ja, was anderswo im deutschen Vaterlande unmöglich erscheint, was die Sehnsucht aller wahren Vaterlandsfreunde ist, im Saargebiet ist es unter dem Drucke der Fremdherrschaft Wirklichkeit geworden: eine Einheitsfront aller Deutschen von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. In der Saarkundgebung schilderte Direktor Vogel aus Berlin, einer, der aus seiner Heimat von den Franzosen Ausgewiesenen, in einem ausgezeichneten Vortrage die wahren Verhältnisse im Saargebiet und die vorbildliche Treue seiner Bewohner, unter denen noch nicht 10 Franzosen sind, zum deutschen Vaterlande. Der Redner beklagte es besonders, daß der Völkerbund hier völlig versage. Die Zuhörer drückten ihr Verständnis für die Leiden der wider alles Recht geknebelten deutschen Brüder an der Saar und ihre Freude an ihrer Treue durch starken Beifall aus und sangen deutsche Saar-Lieder, wie das eigene Schleswig-Holstein-Lied. Umrahmt war der Vortrag von hübschen musikalischen und anderen Vorträgen. Zum Schluß der Kundgebung wurde unter stürmischer Zustimmung beschlossen, dem treudeutschen Saarvolk folgenden Gruß zu entbieten: „Nach heutiger Saarkundgebung in Flensburg und nach dem packenden und eindrucksvollen Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin „Ueber deutsche Treue im deutschen Saargebiet" entbieten dem treuen Saarvolk in dankbarer Anerkennung seiner vorbildlichen Haltung im schweren Kampfe recht herzliche Grüße. Up ewig ungedeelt. Schleswig-Holsteiner Bund und Heimatbund der Rheinländer und Westfalen."

Technisch ausgebildeter Automobilschlosser

mit Führerschein Klasse 3 B, 26 Jahre alt, unverheiratet, seit etwa 1 Jahr Droschkenchauffeur in Berlin, mit reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Automobilschlosserei usw., wünscht Veränderung und möglichst Anstellung als Geschäftsautoführer in Berlin. Gute Referenzen vorhanden. Gefl. Angebote an **Karl Dietrich, Berlin SW., Am Tempelhofer Berg 5.**

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder" Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243 — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 865 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.